Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Ollenhauer, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Postscheckkonto: Berlin

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund laufender Bestellung möglich. Einzelne Nummern
oder Doppelnummern, wenn nicht anders vermerkt, 10 Pfennige. Bezugspreis

Berlin, den 13.Okt.1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wo Nazis regieren...

Braune Parteibuchwirtschaft und Krach.

SPD. Aus Oldenburg wird uns geschrieben:

Im Freistaat Oldenburg, der seit bald vier Monaten eine rein nationalsozialistische Regierung hat, spitzen sich die politischen Dinge ausserordentlich scharf zu. Das Land befindet sich in einem argen Finanzdalles, der zur Folge hatte, dass an einzelnen Orten den Volksschullehrern schon seit Monaten das Gehalt nur teilweise ausgezahlt werden konnte. Darüber hinaus hat die Regierung sämtlichen Beamten am ersten Oktober eine neue Kürzung ihrer Bezüge beschert, die sich, je nach der Höhe des Amtes zwischen drei und zwanzig Prozent bewegt. Oldenburgs staatliche und städtische Beamte sind demnach gegenwärtig die am schlechtesten bezahlten Beamten in ganz Deutschland. Und das in einem Lande, wo die Nazis vor ihrer Machtübernahme täglich im Posaunentone erklärt hatten, sobald sie an der Regierung wären, würde sich alles zum Bessern wenden.

Auch auf allen anderen Gebieten haben die Nazis in Oldenburg aufs peinlichste versagt. Mit aller Entschiedenheit wandten sie sich noch kurz nach ihrer "Machtübernahme" gegen eine eventuelle Schlachtsteuer. Aber kaum waren sie zwei Monate im Amt, als zum Verdruss aller Bauern und Schlächtermeister, die erst so verfemte Schlachtsteuer verfügt wurde! Der Grund der krassen Finanznot liegt in Oldenburg in der Steuerdrückebergerei eines grossen Teiles der ländlichen Bevölkerung, der fast durchweg aus Anhängern der Nationalsozialisten besteht. Diesen Leuten war vor der Regierungsübernahme unentwegt gesagt worden, dass, sobald "wir am Ruder" sind, die "Lasten geringer" werden würden. Daraus wuchsen naturgemäss allerlei Hoffnungen, und nun die Enttäuschung! Der Ministerpräsident Röver hat persönlich in verschiedenen Bauernorten die Bevölkerung durch Bitten und Drohungen beschworen, ihm doch zu helfen, da sonst der ganze nationalsozialistische Gedanke diskreditiert werde. Umsonst. Man hörte sich seine Reden an und ging nach Hause, um nichts zu tun...

Ganz einseitig ist die Personalpolitik der Regierung. Dass man gleich zu Anfang das aus drei Ministern bestehende Kabinett ganz für sich mit Beschlag belegt hat, ist bekannt. Ebenso dass der Landtag radikal ausgeschaltet wurde. Man fürchtet dessen Kritik an den Dingen. Der einzige im Ministerium beschäftigte sozialdemokratische Angestellte wurde gekündigt. Zwei sonst gutbürgerliche Schulräte wurden aus ihren Positionen entfernt, angeblich weil von ihnen Widerstände gegen den von der Regierung beabsichtigten neuen Schulkurs zu erwarten seien. Und das Neueste ist, dass man, nachdem man schon die Regierungspräsidentenstelle in Eutin mit einem nationalsozialistischen Abgeordneten besetzt hat, jetzt auch die Präsidentenstelle in Birkenfeld einem Nazimann zuschanzen will. Der gegenwärtige Regierungspräsident, der zu den Demokraten zählt, sitzt zwar seit zwölf Jahren in seinem Amt; man hat auch nie

gehört, dass gegen ihn etwas vorläge, nun aber kommt die Regierung und will dort einen Wechsel vornehmen um an die Stelle, die einen Juristen erfordert, einen Nazi-Landtagsabgeordneten, der von Beruf Kaufmann ist, zu setzen.

Das hat nun die Beamtenschaft auf den Plan gerufen. Der Plan war doch allzu durchsichtig. Just die Partei, die sich früher nicht genug tun konnte, in der ödesten Schimpferei über die angeblich "unhaltbare" Beamtenpolitik des "verruchten Systems", just diese macht solche Geschichten. Insbesondere sind es die Deutschnationalen, die jetzt Sturm gegen den Ministerpräsidenten, der in seinen Versammlungen gegenwärtig wieder tüchtig auf die Juden hetzt, Sturm laufen. In die Enge getrieben, behauptet nun die Regierung, der Birkenfelder Regierungspräsident wäre nicht mehr tragbar, da ein Teil der Bevölkerung "argwöhne", er hätte während der Besatzungszeit in Birkenfeld mit den Franzosen "sympathisiert". Natürlich eine ganz und gar unbeweisbare "Argwöhnung", die sich ganz gewiss nur auf die dortigen Nazikreise erstreckt, den Herr Dörr, so heisst der Beamte, schon längst unbequem ist. Vollends bunt ist die Geschichte geworden, durch die Behauptung der Regierung, sie habe zur Zeit keinen geeigneten Juristen zur Hand und müsse darum den Nazi-Abgeordneten Wild, einen Kaufmann (!) dorthin setzen. Dabei gibt es in Oldenburg Dutzende von höheren Beamten, die sich für diesen Posten eignen. Freilich sind sie nicht Mitglieder der Nazi-Partei. Ueberhaupt sind die mittleren wie die oberen Beamten im Freistaat verhältnismässig zurückhaltend gegenüber dieser Partei geworden. Sie ahnen einmal, dass es mit der nationalsozialistischen Herrlichkeit nicht allzu lange Zeit währen wird; zum andern stossen sie sich an der ewigen öffentlichen Schimpferei des Ministerpräsidenten Röver, die bereits in weiten Kreisen einen Umschwung herbeigeführt hat.

Das jüngste Beispiel ist der Streit Rövers mit der evangelischen Landeskirche, der damit endete, dass der Oldenburger Oberkirchenrat Klage gegen den Ministerpräsidenten eingereicht hat. Der Streit nahm seinen Ausgang von dem Vortrage eines schwarzen Missionspredigers, der, aus Afrika stammend, in deutscher Sprache auf Veranlassung der obersten Kirchenbehörde in Nordwestdeutschland kirchliche Vorträge hielt. Der Ministerpräsident belegte diese Haltung der verantwortlichen kirchlichen Personen mit den schärfsten Ausdrücken und Drohungen. Er sprach nicht nur von einer "Rassenschande"; er sprach auch davon, dass man im Dritten Reich mit den Herren vom Oberkirchenrat derart Fraktur reden würde, dass ihnen das Leben nichts mehr bedeuten würde. Daraufhin erhoben sich viele kritische Stimmen in den Kreisen des "besseren" Bürgertums. Auch die Deutsche Kolonialgesellschaft mischte sich ein und nahm gegen den Ministerpräsidenten Stellung, der das Tun des Oberkirchenrats als "Dummheit", "Frivolität" und "Verbrechen" bezeichnet hatte. Eine kompetente Persönlichkeit der gutbürgerlichen Kreise betonte öffentlich in einem Zeitungsartikel, dass "es dem deutschen Staatsbürger nicht zugemutet werden könne, sich von seiner Obrigkeit fortgesetzt in hemmungsloser Weise beschimpfen und bedrohen zu lassen und es sei durchaus nicht verwunderlich, wenn endlich aus stummer Erbitterung der furor teutonicus zu dem Entschluss erwacht, kommt was da wolle, sich zur Wehr zu setzen".

Dergleichen Beispiele wären noch mehr anzuführen. Sie zeigen, wieweit die Dinge in Oldenburg bereits gediehen sind. Sie zeigen auch, dass grade jene Kreise, die früher dem Nationalsozialismus entweder mit passivem Wohlwollen oder gar aktiver Hilfsgeschäftigkeit zur Seite standen, durch die erst so kurze Amtstätigkeit der Nazis aufs gründlichste kuriert zu sein scheinen. Was ihnen durchaus zu gönnen ist.

SPD. Leipzig, 13.Oktober (Eig.Drahtb)

In dem Prozess um Preussen, der nun seir Tagen vor dem Staatsgerichtshof geführt wird, versuchte der Vorsitzende am Donnerstag die uferlosen Auseinandersetzungen dadurch einzuschränken, dass er den Abschluss der Verhandlungen für Freitag als sein Ziel ankündigte. Ob das Ziel erreicht werden kann, bleibt abzuwarten.

Am Donnerstag jedenfalls wurde das Palaver um die Möglichkeiten, die die Anwendung des Artikels 48 gibt, zunächst durch eine breite und krause Rede des Professors Bilfinger-Halle fortgesetzt. Von ihr musste selbst der Vorsitzende feststellen, dass es auch am Gerichtstische schwer sei, ihr zu folgen. Aber auch der Vorsitzende trägt nicht wenig dazu bei, die Diskussion auf immer neue Nebenwege abzulenken, obwohl er der Meinung zu sein scheint, dass er sie konkretisiere. Am Donnerstag richtete er z.B. an den preussischen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, direkt die Frage, wann etwa nach dessen Meinung eine verfassungsmässige Landesregierung aufhöre verfassungsmässig zu sein. Brecht hatte nämlich am Mittwoch bei der theoretischen Erörterung die Möglichkeit zugegeben, dass eine an sich verfassungsmässig zustandegekommene Landesregierung durch Hochverrat sichausserhalb der Verfassung stellen könne. Nun will Bumke die Frage beantwortet wissen, wann denn solche Möglichkeit eintreten könne. Erst wenn die Tatsache hochverräterischer Absichten oder Handlungen gerichtlich festgestellt sei oder wann sonst. Es liegt auf der Hand, dass die Besprechung so merkwürdiger Fragen zu endloser Spinnerei Anlass geben kann. Aber die Frage selbst schliesst für den Hörer gleichzeitig die Unterstellung ein, dass sie auch auf die preussische Regierung Bezug habe. Wollte Bumke wirklich andeuten, dass die verfassungsmässige preussische Regierung mit Recht im Verdacht stehen könnte, durch Hochverratsabsichten die Absetzung gerechtfertigt zu haben?

Zunächst freilich nahm nicht der preussische Vertreter das Wort, sondern der bayerische Staatsrechtler Nawiawski, der in geistvollen Darlegungen die Stellung der Diktaturregierung zerpflückte. Er machte darauf aufmerksam, dass in Leipzig heute konkrete Geschichte gemacht werde, mehr als in München, wo Papen redete. Es handele sich hier für Preussen um die Wiedergewinnung einer genommenen Rechtsposition und für die süddeutschen Länder um die zukünftige Sicherung einer Rechtsposition - für die Reichsregierung aber um die Verteidigung einer neu gewonnenen Machtposition. In seiner Rede kam Nawiawski auch auf die wiederholt angezogene Begrüssung des verboten gewesenen "Vorwärts" durch Severing zu sprechen. Wenn die Reichsregierung sage: Das geht doch nicht, so sage ich: Das geht sehr wohl! Wenn z.B. der "Bayerische Kurier" auf Geheiss Berlins verboten werden sollte und der bayerische Minister seinem Parteiblatt den Wunsch ausdrückt, dass es nach Wiedererscheinen Erfolg haben möge, so sei das durchaus natürlich und keine Achtungsverletzung. Eine Achtungverletzung aber würde darin zu erblicken sein, wenn etwa der Reichskanzler den bayerischen Minister zu sich bestellte, um ihm mitzuteilen, dass er abgesetzt sei. Ebenso abwegig sei die Bezugnahme auf die Wahlrede Severings, auf die sic Gottheiner immer beruft. Wenn Severing auffordert, die Regierung Papen davonzujagen, so sei das doch eine Wahlaufforderung, deutlich, wenn auch nicht sehr höflich. Unhöflich könnte man auch in Bayern sein. Aber eine solche Wahlaufforderung, die eine Kritik an der Reichsregierung einschliesse, sei kein Grund, den Artikel 48 zu bemühen. Die Stellung des Reichskommissars, der sich weder dem Landtag noch sonst jemand ausser dem Reichspräsidenten verantwortlich fühle, gleiche der physikalisch unmöglichen Gestalt des "freischwebenden Kugelblitzes".

Professor Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erzielte durch einen temperamentvollen Vorstoss die nochmalige Bestätigung, dass der wesentliche Grund des Streichs vom 20.Juli der sei, dass die Minister Braun und Severing Sozialdemokraten sind. Nach Ansicht der Regierung Papen sind Sozialdemokraten an sich nicht geeignet, Landesminister zusein. Sie wür-

den immer unfrei gegenüber Kommunisten sein. Heller nannte diese Auffassung der Reichsregierung deutlich eine Anmassung, die um so stärker wirke, als die Regierung selbst nicht die geringste politische Basis habe und nur Ansichten gelten lasse, die denen der Deutschnationalen Partei entsprechen. Auch durch die Absetzung der zahlreichen sozialdemokratischen Fachbeamten - wie Harnack, Simons, Kranold - habe die Papen-Regierung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass reine Parteiabsichten bei ihr massgebend seien, nicht aber die, die gar nicht gestörte Ruhe und Ordnung wiederherzustellen oder tatsächlich nicht verweigerte Pflichterfüllung gegen das Reich zu erzwingen.

SPD. Unter der Ueberschrift: "Vom Zwickel zum Rückenausschnitt" berichtet die "Deutsche Allgemeine Zeitung" an der Spitze ihrer Abendausgabe vom 13.Oktober u.a. folgendes :

"Der Zwickel zieht weiterhin seine Kreise. Die Badeverordnung, die im preussischen Innenministerium auf Grund langwieriger Verhandlungen mit den Interessenten zustande kam, hat zur Folge gehabt, dass der federführende Beamte, von den Anstrengungen dieser Verhandlungen erschöpft und um weiteren Auseinandersetzungen auszuweichen, beschleunigt einen Urlaub antrat. Er gedachte ihn fern von der Welt und ihren hässlichen Äusserungen über den Zwickelerlass im schönen Bayern zu verleben. Den eifrigen Unterhändlern der Badeanzug-Industrie gelang es indessen, den Zufluchtsort des für sie unentbehrlichen Sachbearbeiters ausfindig zu machen. Und sofinden allen Ernstes gegenwärtig im schönen Bayern geheimnisvolle Verhandlungen zwischen einem preussischen Oberregierungsrat und einer Reihe von Beauftragten der interessierten Gewerbe statt, die sich - wie wir zuverlässig erfahren - um eine Verlängerung des Rückenausschnittes drehen.

Die Badeanzug-Industrie hat nachträglich den Wunsch geäussert, das Ministerium möge die Vereinbarungen über die künftige Gestaltung der Badeanzüge dahin überprüfen, ob nicht doch gewisse grössere Teile des Rückens, als bisher vorgesehen waren, freibleiben könnten. Nähere Nachrichten aus Bayern über das Schicksal dieser Verhandlungen liegen noch nicht vor."

Die "D.A.Z." ist das Leibblatt der Regierung Papen und über jeden Zweifel erhaben, als wolle sie die Baronswirtschaft verächtlich machen. Solcher Schlechtigkeit ist nur die sozialdemokratische Presse fähig, weshalb auch die "Königsberger Volkszeitung" wegen einer Zwickel-Glosse vier Tage verboten wurde!

SPD. Harburg, 13.Oktober (Eig.Bericht)

In einer Berufungsverhandlung vor der Stader grossen Strafkammer wurde der verantwortliche Redakteur des "Volksblatt für die Unterelbe" Ernst Tesslof wegen angeblicher Beleidigung des Stader Arbeitsamtsdirektors von Tzschoppe zu drei Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Dem Urteil liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Seit Anfang 1930 führt die organisierte Arbeiterschaft des Unterelbegebietes einen Kampf gegen von Tzschoppe für die Interessen der Arbeitslosen. In der Verhandlung vor der grossen Strafkammer in Stade erklärte der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB in Stade, dass man von Tzschoppe für unsozial und ungeeignet für das Amt eines Arbeitsamtsdirektors halte. Diese Meinung, die unter Eid erfolgte, hätte das "Volksblatt" in 30 Artikeln und Berichten, die von Tzschoppes Verhalten kritisierten, zum Ausdruck gebracht. Trotz dieser vernichtenden, unter Eid bezeugten Aussage des Vorsitzenden des ADGB kam das Gericht zu einer Verurteilung in der genannten Höhe. Das Gericht und der Staatsanwalt stellten sich auf den Standpunkt, dass ein Arbeitsamtsdirektor eine im Sinne der Notver-

ordnung des Reichspräsidenten vom Dezember 1931 in der Öffentlichkeit stehende Persönlichkeit sei, der der verschärfte Ehrenschutz zustehe. Entspricht diese Meinung der Staatsanwaltschaft und des Gerichts der Auffassung der Gesetzgeber, dann ist wohl jeder Briefträger und jeder Kassenbote eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit. Gegen das Urteil ist Revision beim Reichsgericht eingelegt worden.

SPD. Die faschistische Partei Italiens will sich zur Zehnjahresfeier des Marsches auf Rom ein neues Statut geben. Der vom Parteisekretär Starace verfa te Entwurf wird jetzt der Oeffentlichkeit unterbreitet. Sein Inhalt ist von Interesse nicht nur weil er zeigt, was man dem italienischen Volke bieten kann, sondern vor allem auch, weil die deutschen Nationalsozialisten in dem italienischen Faschismus ihr Vorbild sehen.

Einer der Artikel des Statuts lautet: "Der Faschist, der aus der Partei ausgestossen wird, soll gleichzeitig im öffentlichen Leben geächtet sein." Ausschluss aus der Partei bedeutet also Ausstossung aus der menschlichen Gesellschaft.

Und wen erwartet dieses Schicksal? Zweifellos den, der den Eid verletzt, den er bei seiner Aufnahme in die Partei schwören muss und der diesen Wortlaut hat: "Ich schwöre im Namen Gottes und Italiens ohne Diskussion die Befehle des Duce auszuführen und mit allen meinen Kräften und, wenn notwendig, auch mit meinem Blut der Sache der faschistischen Revolution zu dienen." Mit anderen Worten: Mussolini ist unfehlbar wie der Papst. Kritik an seinen Anordnungen ist ein Frevel, der fast an Gotteslästerung grenzt.

Diese erhabene Stellung des Duce wird auch noch in einem anderen Artikel des Statuts unterstrichen:

"Die Ordnungen und die Häupter erhalten Licht und Gesetz von oben, wo die vollständige Erkenntnis der Eigenschaften und Aufgaben, der Tätigkeiten und Verdienste herrscht."

Der Führer ist allwissend und allgegenwärtig. Armes italienisches Volk! Und nach diesem Muster wollen die Nationalsozialisten die Dinge in Deutschland gestalten. Die zu blindem Gehorsam verpflichtete Masse erhielte die Erleuchtur "von oben" und der Träger und Spender des göttlichen Lichtes wäre ein Adolf Hitler. Ein Gedanke der erschauern machen könnte, wenn er nicht so lächerlich wäre. Indessen sieht es fast so aus, als ob wir nicht auf Hitler zu warten brauchten. Wenn Herr von Papen den Widerstand gegen sein Programm ein Verbrechen nennt und drakonische Massregeln gegen diejenigen ankündigt, die sich dies Verbrechens schuldig machen, so nimmt er damit für sich die Unfehlbarkeit und Gottähnlichkeit in Anspruch, die das faschistische Statut dem Mann an der Spitze der italienischen Regierung zuerkennt. Seine Polemik gegen die National sozialisten verliert damit jede innere Berechtigung. Sie besitzt höchstens noch den Wert einer Auseinandersetzung mit der Konkurrenz.

SPD. Genf, 13. Oktober (Eig. Drahtb)

Das von der Völkerbundsvollversammlung eingesetzte Komitee für die Sekretariatsreform hat sich dahin geeinigt, dass in Zukunft zwei stellvertretende Generalsekretäre ernennt werden sollen. Sie erhalten beide gleichwertige Arbeitsgebiete zugewiesen und wechseln in der Vertretung des Generalsekretärs ab. Einer dieser Stellvertreter wird Italien zufallen, der andere wahrscheinlich Norwegen.

SPD. Genf, 13. Oktober (Eig.Drahtb.)

In der Donnerstag- Sitzung des Völkerbundsrates fehlte es bei der Genehmigung der Berichte über die Finanzlage in Oesterreich, Griechenland und Rumänien nicht an den üblichen Ermahnungen zur Erfüllung der Auslandsverpflichtungen. Nur vergassen die Vertreter Englands und Frankreichs wieder einmal zu sagen, womit Oesterreich, das noch immer auf die in Lausanne versprochene Hilfe wartet, diese Erfüllung leisten soll.

Die Verhandlung der Beschwerde der polnischen Minderheiten in Deutschland brachte Polen, das sie vertrat, eine Schlappe. Der Bericht des Japaners Nagaoka stellte fest, dass der grösste Teil der Beschwerden aus Gebieten stammt, die garnicht unter Minderheitenschutz stehen, also den Rat nichts angehen, dass andere bereits im lokalen Verfahren erledigt und die restlichen so bedeutungslos seien, dass sie dem lokalen Verfahren überwiesen werden müssten. Zaleski protestierte wieder gegen das Bestehen geschützter und ungeschüttzter Minderheiten und wünschte den polnischen Minderheiten in Deutschland die gleiche Behandlung gesichert, wie sie Deutschland für die deutschen Minderheiten in Polen verlange. Der deutsche Vertreter antwortete sehr zurückhaltend, dem Völkerbund und den Minderheiten werde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn unbegründete Streitigkeiten in unangebrachter Form anhängig gemacht würden. Er liess zwar einfliessen, dass jede Propaganda in Minderheitenfragen unterbleiben müsse, vergass aber, Polen an seine 18 Verurteilungen wegen Verletzung der Minderheitenverträge zu erinnern, während der Preussischen Regierung noch kein einziger solcher Fälle nachgewiesen werden könnte.

Die Frage der Errichtung polnischer Fortbildungsschulen in Deutschland soll auf Grund eines Beschlusses des Rates von einem Juristenkomitee geprüft werden.

SPD. London, 13. Oktober (Eig.Drahtb.)

Die englisch- französischen Unterhaltungen begannen am Donnerstag Vormittag mit einer Besprechung zwischen MacDonald und Herriot. Im Laufe des Tages wurde der Kreis der Beteiligten erweitert durch den englischen Aussenminister und später durch den Kriegs- und den Marine- Minister. Ausserdem waren die höheren Ressortbeamten zugegen. Man ersieht daraus, dass entsprechend dem französischen Wunsche das Thema der Unterhaltungen den neuen französischen Abrüstungsplan einschloss.

Mit grossem Nachdruck wird von englischer Seite betont, dass der Ton der Besprechungen äusserst freundschaftlich war. Besonderer Wert wird auch auf die Feststellung gelegt, dass es sich hier nicht um eine Konferenz, sondern um Vorbesprechungen handelt, die in keiner Weise die Arbeit der Abrüstungskonferenz oder des Völkerbundes ersetzen sollen, sondern lediglich eine gegenseitige Fühlungnahme darstellen, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die zu Deutschlands Rückzug von der Abrüstungskonferenz Anlass gaben. Welcher Weg sich dabei herauskristallisieren wird, Regionalpakte, Konsultativpakte oder Eingehen auf die deutschen Gleichberechtigungswünsche, darüber liegen bisher nur Gerüchte vor. Fest steht nur, dass sich die Aussichten für das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz inzwischen gebessert haben. So wenigstens beurteilt die englische Regierung die Lage. Sie hält ihre Einladung zu der Konferenz mit aller Entschiedenheit aufrecht. Ob der Tagungsort der Viermächtekonferenz Genf oder London sein wird, lässt sich noch nicht sagen.

Am Freitag Vormittag werden die Zusammenkünfte der Minister fortgesetzt. Herriot verlässt London um 4 Uhr nachmittags.

SPD. Torgau, 13.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Abwehrkampf bei der Firma des Herrn von Papen, der Steingutfabrik Villeroy und Boch in Torgau ist trotz der kommunistisch-nationalsozialistische Zersplitterungsversuche mit einem vollen Erfolg für die freien Gewerkschaften beendet worden. Die Direktion hat sich in Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiter verband verpflichtet, vorläufig auf die Durchführung der Papen-Notverordnung zu verzichten. Es wird wie bisher 48 Stunden gearbeitet und der jetzige Tariflohn ungekürzt weitergezahlt.

Der Erfolg ist umso höher zu bewerten, als nicht nur die RGO, sondern auch die Betriebszellen-Organisation der Nazis sich nach Kräften bemühten, den wirtschaftlichen Abwehrkampf zu stören und zu einem politischen Geschäft zu machen. Man ging dabei so weit, gemeinsame Versammlungen abzuhalten, dort die Gewerkschaften des Streikbruchs zu bezichtigen und Forderungen auf Lohnerhöhung zu stellen. In einer von der RGO einberufenen Versammlung konnte der Gauleiter der Nazi-Betriebszellenorganisation Brachmann aus Halle unter dem jubelnden Beifall der friedlich beieinander sitzenden Nazis und Kozis neben anderen Gemeinheiten sagen: "Für die NSBO und RGO gibt es nur einen gemeinsame Gegner, nämlich die freien Gewerkschaften."

SPD. Die in München vor dem Industriellenklub von Herrn von Papen angekündigte Rückkehr zum "heiligen Reich" Bismarckscher Art, hat die Erregung des Auslandes über die Zustände in Deutschland ausserordentlich gesteigert! Gesteigert hat diese Rede aber auch das Verlangen und den Appetit all jener, die selbst einen Wilhelm II, als er noch das Zepter schwang, einen "schüchternen Zauderer" genannt haben. Es waren die Leute um Oldenburg-Januschau, Claas und Tirpitz und ihre Presse, denen es der Hohenzoller erst am 31.Juli 1914 recht gemacht und die selbst nochim September 1918 die Abschaffung des preussischen Dreiklassenwahlrechts verhindert hatten. Dieselben Kreise und dieselbe "Deutsche Zeitung" wenden sich heute gegen den Zauderer Papen und verlangen von ihm, dass er so schnell als möglich "aufs Ganze" gehe.

Wörtlich heisst es da: "Bei alledem bleibt auch nach der grundlegenden Münchener Rede des Reichskanzlers die Frage offen, ob die Regierung gewillt ist, aufs Ganze zu gehen. Wenn jetzt Herr v. Papen seinen Verfassungsentwurf dem neuen Reichstag vorlegen will, so bedeutet das nur das Hinausschieben einer Entscheidung, die nun einmal unausweichlich ist und bleibt!

Die Reform der Verfassung und des Reiches kann - das steht unter den obwaltenden Verhältnissen fest - nur auf dem Wege des Zwanges von oben, allenfalls gestützt durch die Länder über den Reichsrat, durchgeführt werden.

Weitere Versuche parlamentarischer Art würden - daran scheint man nicht zu denken - denen recht geben, die sich auf die parlamentarischen Spielregeln berufen. Die Regierung Papen würde damit ihr eigentliches Daseinsrecht, das Recht der Tat, preisgeben. Ueberdies wird das Spiel mit der Auflösung bei zu häufiger Wiederholung bedenklich.

Wird Herr v. Papen über die Schwelle gehen?"

Die sowohl Papen wie Hitler nahestehende "Berliner Börsen Zeitung" fordert aber nicht nur den Reichskanzler zum Hochverrat auf. Dieses Blatt der Schwerindustrie und der Banken wagt sich bereits an den Reichspräsidenten, und wie ein berufsmässiger Meineidsfabrikant gibt das edle Kapitalistenorgan der Verfassung und den Pflichten ihres obersten Hüters den folgenden Sinn:

"Es mag bei dieser Gelegenheit einmal festgestellt werden, dass in jener Eidesformel an zweiter Stelle von dem Schutz der Verfassung die Rede ist während an erster Stelle das Gelöbnis des Reichspräsidenten steht, "dem deutschen Volke zu nützen und Schaden von ihm abzuwehren". Unseres Erachtens handelt es sich hier um eine primäre Verpflichtung, während dem Schutz der Verfassung sekundäre Bedeutung zukommt und es kann zweifellos Situationen

geben, in denen das überragende Erfordernis, die Nation vor Schaden zu bewahren, es dem Reichspräsidenten geradezu zur Pflicht machen könnte, die Reform einer Verfassung zu ermöglichen, die dem deutschen Volke bisher nur Unheil gebracht hat."

Und die Reichsregierung? Sie schweigt zu all diesen Aufforderungen und Auslegungen; ebenso das Büro des Reichspräsidenten.

SPD. Amsterdam, 13.Oktober (Eig.Dr.)

Die englischen Meldungen, nach denen der Exkaiser am 20.Oktober Holland verlassen wolle, um sich zuerst nach Koburg zu begeben und sichdann ständig in Deutschland niederzulassen, erklärte der frühere niederländische Minister Kan, der auch heute noch die Mittelsperson zwischen dem Exkaiser und der niederländischen Regierung ist, auf Anfrage von "Het Volk" für falsch. Solange die deutschen Parteien die Rückkehr des Exkaisers nicht wünschten, halte er dessen heimliche Flucht für ausgeschlossen. Nur wenn in Deutschland eine die Staatsform völlig verändernde Umwälzung eintrete, könne die niederländische Regierung keine weitere Garantie für das Verbleiben des Schlossherrn in Doorn übernehmen. Im allgemeinen würde die niederländische Regierung nicht unzufrieden sein, wenn der Exkaiser das Land verlasse, da sein Aufenthalt in Niederland stets unangenehm empfunden worden sei.

SPD. Leipzig, 13.Oktober (Eig.Drahtb.)

Vor dem Staatsgerichtshof ergab sich am Donnerstag der ausserordentliche Fall, dass der preussische Regierungsvertreter Dr. Brecht in aller Form Einspruch erheben musste gegen "die hypothetischen Examensfragen" des Vorsitzende deren Beantwortung aus dem Handgelenk auch einem Erwachsenen Schwierigkeiten machen würde. Dem Vertreter eines Landes aber sei es ganz unmöglich, solche Examensfragen zu beantworten, da er durch jede solcher Antworten so oder so sein Land festlegen würde.

Die Frage, die diesen in der Form höflichen, aber in der Sache entschiedenen Einspruch auslöste, hatte der Vorsitzende des Staatsgerichtshofs ganz überraschend gestellt. Sie lautete etwa dahin: Die preussische Regierung erklärt, dass durch die Absetzung sämtlicher Minister und durch die Einsetzung von Kommissaren eine ordnungsmässige Besetzung des Reichsrats nicht mehr vorhanden sei. Wenn nun aber, so fragt Herr Bumke, die nicht sozialdemokratischen Minister ihre Bereitwilligkeit erklärt hätten, mit dem Reichskommissar als Ministerpräsident zusammenzuarbeiten, würde dann die preussische Vertretung eine richtige Reichsratsbesetzung anerkennen? Mit vollem Recht wies Ministerialdirektor Dr. Brecht es von sich, darüber Auskunft zu geben, was möglicherweise geschehen könnte, wenn etwas praktisch nicht Vorhandenes eintreten würde Schon im Laufe des Vormittags hatte Brecht in ausführlicher Weise die Stellung Preussens zur Möglichkeit der Absetzung einer Landesregierung und zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen dargelegt. Abgesetzt könnte nur eine offene Putschregierung werden, also eine solche, die durch Staatsstreich oder dergleichen zur Macht gekommen, oder in ganz besonderen Fällen eine solche, die zwar parlamentarisch ans Ruder kam, aber dann durch Staatsstreich von unten sich ausserhalb der Verfassung stellte. In allen anderen Fällen sei eine Absetzung einer verfassungsmässigen Landesregierung unter keinen Umständen denkbar und zulässig. Auch die Rechtstellung der aus dem Amte beförderten Minister hatte Brecht - gleichfalls in Beantwortung bestimmter Fragen Bumkes - eingehend erörtert. Nach preussischer Ansicht bleiben die Minister, die aus ihrem Amt durch den Kommissar entfernt sind, rechtlich Staatsminister so lange, bis eine andere Regierung auf landesverfassungsmässigem Wege einge-

setzt ist. Der Kommissar hat die Minister zunächst völlig abgesetzt, erst später, als er die Unhaltbarkeit seiner Auffassung erkannte, habe er diese Absetzung in eine blosse Amtssuspension umzuinterpretieren versucht. Inbezug auf die Zusammensetzung des Reichsrats hatte Brecht darauf hingewiesen, dass die Militärbefehlshaber während des Krieges zwar alle Gewalt hatten, aber nicht über den Reichstag, den Bundesrat und die Landtage. Der frühere preussische Innenminister und der jetzige Präsident des Oberverwaltungsgerichts Drews haben brieflich bestätigt, dass die Militärbefehlshaber niemals Einfluss auf die Vertreter der Bundesstaaten im damaligen Bundesrat genommen hätten. Der Bundesrat würde sich das auch nicht haben gefallen lassen.

Wohin man in dieser Debatte kommt, das zeigte der Rechtsgelehrte des Papenkabinetts, Professor Karl Schmidt-Berlin, der offen das Scherzwort als Recht proklamierte: "Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe." Preussen und etwa Oldenburg oder Braunschweig seien nicht gleichmässig zu behandeln und zu bewerten. Denn wenn eine Gefahr bestehe, so sei sie zwangsläufig in Preussen viel grösser als in irgend einem anderen Lande. Es wurde ihm sogleich entgegengehalten, dass ja auch die Schutzmittel in Preussen soviel grösser seien, aber das alles macht ihm nichts aus. Karl Schmidt hat als Sachverständiger der Baronsregierung lediglich der Katze die Schelle umgehängt: Nach seiner Ansicht soll kein gleiches Recht mehr in Deutschland herrschen, es soll nur Zweckrecht bestehen, das der herrschenden Schicht genehm ist. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

Gegenüber der von Gottheiner immer wieder behaupteten einseitigen Behandlung der nationalen Kreise wiesen sowohl Dr. Brecht wie Professor Heller mit Nachdruck darauf hin, dass das Verbot der SA und der Uniformen nicht von Preussen, nicht von den abgesetzten Ministern, sondern vom Reichspräsidenten selbst erfolgt sei, der damals zutreffend die Bürgerkriegsgefahr erkannt habe, die aus dieser uniformierten Privatarmee Hitlers entspringe.

Zwischendurch verlas Gottheiner ein langes Schreiben des Reichsministers Freiherrn von Gayl, der aus Severings entschiedenem Dementi eine Bestätigung seiner eigenen Behauptung herauslesen will. Mit solchen Mitteln kann man zwar aus Weiss Schwarz machen, aber ob das Gericht davon einen Nutzen zieht, bleibt zweifelhaft. Wenigstens gab Präsident Bumke der Meinung Ausdruck, dass diese ganze Affaire von Gottheiner gar nicht hätte vorgetragen werden dürfen. Und darin dürfte er Recht haben.

SPD. Halle, 13.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Freiwilligkeit des sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes wird treffend charakterisiert durch ein Schreiben, das der Landrat des Kreises Wittenberg den Jugendlichen zuschickt, die sich für diese Art der Wirtschaftsankurbelung nicht begeistern: "Sie haben sich auf meine Aufforderung nicht zum freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet. Zur Uebersendung der ausgefüllten Meldekarte setze ich Ihnen eine letzte Frist von drei Tagen. Geht inerhalb derselben Meldung nicht ein, dann muss ich annehmen, dass Sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechtlichen Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muss."

SPD. Paris, 13.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der "Temps" schreibt zu der Münchener Rede des Reichskanzlers über den Charakter und Geist des neuen Deutschland :

"Die Auffassungen des Reichskanzlers haben nichts Neues an sich. Es sind nicht die eines Staatsmannes, der wirklich den Lehren der Geschichte Rechnung zu tragen versteht und sich bemüht, das Leben eines grossen Volkes

loyal den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Welt anzupassen. Von aller nationalistischen und wahlagitatorischen Literatur befreit, in die er seine Ideen einhüllt, scheint der Wille des Kanzlers darin zu bestehen, eine brutale Rückkehr in die Vergangenheit in die Wege zu leiten. Die Reichstagswahlen vom 6.November werden zeigen, ob das deutsche Volk vermittels seiner grossen politischen Parteien entschlossen ist, diesem kühnen Unternehmen einer Verfassungsreform Widerstand zu leisten, oder ob es sich darin ergibt vor der Diktatur zu weichen. Aber das neue Deutschland, das Herr von Papen ankündigt, ähnelt zu sehr dem alten kaiserlichen Deutschland, als dass Europa Vertrauen zu der Wiederholung eines Experiments haben kann, das die Katastrophe hervorgerufen hat, unter der die Welt noch so grausam leidet."

Das schwerindustrielle "Journal des Débats" ist derselben Ansicht, fügt aber hinzu, dass das neue Deutschland noch ein wenig anspruchsvoller, kräftiger und eroberungslustiger als das Vorkriegsdeutschland sein werde, und dass Mitteleuropa dann eine Wirklichkeit werden würde.

SPD. Dresden, 13.Oktober (Eig.Drahtb.)

Das Schwurgericht in Dresden verurteilte als Berufungsinstanz sechs Nazileute wegen Ermordung des Reichsbannermannes Arno Wolf aus Riesa zu Gefängnisstrafen von fünfzehn Monaten bis vier Jahren.

Wolf wurde in der Nacht zum 4.November 1931 nach einer Begegnung mit zwei Nationalsozialisten von diesen und anderen Nazis verfolgt, zu Fall gebracht und viehisch durch sieben Messerstiche ermordet. Bereits im Februar hatte das Dresdner Schwurgericht, wegen dieser Bluttat und einem zweiten Ueberfall, sieben Nazis zu der milden Strafe von sieben bis zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Revisionsklage des Staatsanwalts verwies das Reichsgericht die Sache noch einmal an das Schwurgericht zurück, das die Strafen in der oben gemeldeten Art erhöhte. Bemerkenswert war in der zweiten Verhandlung die Ablehnung jener Anträge des Staatsanwalts, die beweisen sollten, dass die Angeklagten bereits vor dem Mord Gewalttätigkeiten gegen Reichsbannerleute geplant und erörtert hatten. Angesichts dieser Tatsache widerspricht auch das zweite Urteil jedem Rechtsempfinden.

SPD. Paris, 13.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Direktor der Aero Postale Bouilloux-Lafont und sein Vater, der als Bankier der Hauptschöpfer der Aero Postale ist, sind am Donnerstag wegen Bilanzfälschung unter Anklage gestellt worden. Dieses Verfahren hat nichts mit dem Luftschiffahrtsskandal direkt zu tun, sondern beruht auf einer Klage, die das Luftministerium schon seit längerer Zeit gegen eine Filiale der Aero Postale wegen falscher Angabe ihrer Betriebskosten angestrengt hatte. Der Staat, der nach dem Zusammenbruch der Aero Postale die Luftlinie nach Südamerika unterhält, ist dadurch um mehrere Millionen geschädigt worden.

SPD. Leipzig, 13.Oktober (Eig.Drahtb.)

In der Donnerstag-Nachmittag-Sitzung des Staatsgerichtshofes teilte dessen Vorsitzender mit, dass sich der Gerichtshof die Entscheidung über die preussischen Beweisanträge vorbehalte. Reichsgerichtspräsident Bumke führte dazu u.a. aus:

"Der Staatsgerichtshof hat sich mit der Frage des Beweisantrages beschäftigt, den Preussen gestellt hat und der die Vernehmung des Reichskanzlers

des Reichswehrminister, des Staatssekretärs Planck, Adolf Hitlers und des Freiherrn von Gleichen fordert. Der Staatsgerichtshof ist zu dem Schluss gekommen, sich die Entscheidung noch vorzubehalten. Ich wäre sehr dankbar, wenn uns, ehe wir über den Beweisantrag Beschluss fassen, noch gewisse Erklärungen gegeben werden könnten. Der Vertreter der Reichsregierung hat mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers eine Erklärung abgegeben, in der Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Adolf Hitler abgestritten werden. Selbstverständlich gilt für uns der Grundsatz, dass an dem Wort eines Reichskanzlers ebensowenig wie an einem Kaiserwort zu zweifeln sei. Angesichts des Beweisantrages wäre es doch sehr zu begrüssen, wenn ausdrücklich bestätigt werden könnte, dass die Mitteilung, der Reichskanzler habe mit Hitler keinerlei Verabredungen getroffen, auch etwaige mittelbare Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler umfasst. Und ich hielt es ebenso für erwünscht, wenn ausdrücklich festgestellt werden könnte, dass die Erklärung auch bedeuten soll, dass solche Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler auch nicht stattgefunden haben, ehe Herr von Papen das Reichskanzleramt übernahm."

Der Präsident legte dann dem preussischen Vertreter nahe, sich näher darüber zu erklären, worüber die Herren Hitler, von Gleichen und Planck Auskunft geben könnten. Es handele sich bei den Beweisanträgen im wesentlichen um die inneren Beweggründe der Reichsregierung, da es nicht ohne weiteres erkennbar sei, wie weit das Wissen dieser drei Herren gehen könnte. Der Vernehmung des Reichskanzlers und des Reichswehrministers stünden die Schwierigkeiten entgegen, auf die er bereits hingewiesen habe. Denn da die Reichsregierung als solche beklagt sei, komme eine Vernehmung dieser beiden Mitglieder des Kabinetts nicht in Frage. Aus diesem Grunde hätten die Vertreter Preussens bereits den Antrag dahin ergänzt, dass das persönliche Erscheinen der beiden Herren angeordnet werden solle. Der Vorsitzende regte an, dass auf seine Fragen nicht sofort, sondern erst zu Beginn der morgigen Verhandlung Antwort erteilt werden solle.

Ministerialdirektor Brecht erhob sich nach diesen Erklärungen des Präsidenten Bumke und bat um die Feststellung, dass nach Ansicht des Staatsgerichtshofs an dem Wort eines preussischen Ministerpräsidenten und an dem Wort preussischer Staatsminister ebensowenig zu drehen und zu deuteln sei wie an den Worten des Reichskanzlers. Präsident Bumke erklärte darauf, nichts habe ihm ferner gelegen, als in dieser Beziehung eine Unterscheidung vorzunehmen. Im ganzen Prozess sei doch zum Ausdrucke gekommen, dass er die beiden Parteien vollkommen gleich behandele.

SPD. Die Landgerichtskammer in Berlin verhandelte am Donnerstag die Schadenersatzklage des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Jürgensen gegen den preussischen Fiskus. Das Urteil soll am 27.Oktober verkündet werden.

Am 25.Mai hatte die Nazifraktion des Landtages die zahlenmässig weit unterlegenen Kommunisten mit Stühlen und anderen Gegenständen aus dem Sitzungssaal geprügelt. Der völlig unbeteiligte Abgeorndete Jürgensen wurde dabei derart getroffen, dass er schwerverletzt und mit einem Nervenchock in das Krankenhaus transportiert werden musste. Für den ihm durch die Verletzungen zugefügten Schaden macht er nun den Fiskus, in der Person des Landtagspräsidenten Kerrl, haftbar. Er behauptet in seiner Klage, dass Kerrl sich eine Pflichtverletzung als Beamter habe zuschulden kommen lassen, indem er selbst nicht die üblichen Massnahmen getroffen habe, durch die den Vorfällen in der Sitzung vom 25.Mai hätte vorgebeugt werden können. Der Landtagspräsident Kerrl habe ausserdem auch verhindert, dass der Täter ermittelt werden konnte, indem er seinerseits keinen Schritt dazu unternommen habe. Der Präsident des Landtags sei Organ des Staates. Er habe im Landtag die Polizeigewalt. Er sei somit

verantwortlich zu machen für den durch die Verletzung entstandenen Schaden. Die Gegenpartei hält diesen Ausführungen entgegen, dass eine Pflicht zur Ergreifung von Massnahmen für den Landtagspräsidenten gar nicht vorliege.

Der Vorsitzende des Kammergerichts liess während der Verhandlungen durchblicken, dass die Klage von Jürgensen auf juristisch schwachen Füssen stehe. In der heutigen Zeit habe die Politik und das Parlament einen Charakte angenommen, dass die Verwundung des Klägers als Betriebsunfall zu werten sei.

Nach unsrer Ansicht sollten die deutschen Gerichte die berufene Stelle sein, die jene Herrschaften zurechtstutzt, deren einzige Aufgabe es seit Jahren gewesen ist, Versammlungen und Parlamente in Kaschemmen zu verwandeln. Das was der Kammergerichtspräsident als den heutigen Zustand der Politik bezeichnet, ist nicht zuletzt dadurch hervorgerufen worden, dass es z.B. ein Richter und Reichskanzler Marx als zwecklos bezeichnete, einen politischen Verleumder vor das Gericht zu zitieren!

SPD. New York, 13.Oktober (Eig.Drahtb)

In Taylorville, dem Streikzentrum von Illinois, wurden bei einer Gedenkfeier anlässlich des Verdener Arbeitermassakers von 1898 1200 streikende Grubenarbeiter von Miliztruppen verhaftet. Die Mehrzahl der Verhafteten wurde abends gegen das Versprechen, die Ortschaft freiwillig zu verlassen, wieder freigelassen. Spätere nächtliche Strassenumzüge von Demonstranten, die von den Märtyrergräbern zurückkehrten, zerstreute die Polizei mit Tränengasen unter Anwendung von Waffen. Zahlreiche Personen wurden leicht verletzt.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

An das deutsche Volk!

SPD. Reichskanzler von Papen hat mit seiner Rede vor den bayerischen Industriellen in München am 12.Oktober der demokratischen Republik den Krieg erklärt.

An die Stelle einer Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht, will Herr von Papen das konservative Gottesgnadentum setzen.

Herr von Papen fordert für die Länder die "Verfassungsautonomie", d.h. das Recht, Monarchie und Klassenwahlrecht wieder einzuführen. Der Volksvertretung will er das Recht nehmen, die Regierung abzuberufen. Er will jenen Zustand der Ohnmacht des Parlaments wiederherstellen, wie er vor dem Kriege in den Zeiten des persönlichen Regiments bestanden hat.

Herr von Papen erklärt, seine Regierung habe den Willen und die Macht, die Verfassung zu ändern. Er wird aber für seine reaktionären Pläne weder eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags noch eine Mehrheit aller Stimmberechtigten bei einer Volksabstimmung gewinnen können, ohne die eine Reform auf verfassungsmässigem Wege nicht möglich ist.

Woher will also Herr von Papen die Macht nehmen, die Verfassung dennoch zu ändern? Die ihm ergebene Presse gibt unzweideutig zu verstehen, dass dies auf dem Wege des Staatsstreichs, des Verfassungsbruchs geschehen soll.

So hat die Reaktion die Maske abgeworfen. Sie holt zum entscheidenden Schlage aus. Ihr Vernichtungswille gilt den politischen und sozialen Rechten, die wir Sozialdemokraten in jahrzehntelangen Kämpfen dem Volke errungen haben.

Fällt die Demokratie, das gleiche Wahlrecht, das Recht der Volksvertretung, so fallen mit ihnen das Recht der Gewerkschaften, das Tarifrecht, das Recht des arbeitenden Menschen auf Unterhalt im Falle der Not.

Wird das Adelsregiment, die Diktatur des Grossbesitzes verfassungsmässig verankert, so werden Lohndruck und Unterstützungsdruck damit verewigt. Nur in schwersten Kämpfen unter den furchtbarsten Opfern wird dann das arbeitende Volk wieder die Stellung zurückgewinnen können, die es nach der Revolution und unter der letzten Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Hermann Müller schon erreicht hatte.

Gegen die Pläne der Regierung der Barone stellt sich die Sozialdemokratie zur Verteidigung und Gegenangriff.

Volksgenossinnen und Volksgenossen, kämpft mit uns! Duldet nicht, dass die Demokratie, das gleiche Wahlrecht aller Männer und Frauen angetastet wird! Kämpft mit uns gegen die Baronswirtschaft, gegen alle Feinde der Republik! Leistet Widerstand gegen Lohndruck und Unterstützungsdruck! Fordert mit uns die Enteignung der staatsstreichlüsternen Dynastien und des Grossgrundbesitzes die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien, die planmässige Leitung der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit durch einen sozialistischen Staatswillen!

Gegen die soziale Reaktion und für die Rechte der Volksvertretung zu kämpfen, geben jetzt auch die Nationalsozialisten vor. Aber haben nicht sie selber der sozialen Reaktion in den Sattel geholfen? Ihr jahrelanger Kampf gegen die Republik, die Demokratie, die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat der Reaktion den Weg zur Macht geebnet. Je mehr Nazis im Reichstag, desto mehr Barone in der Regierung! Nur über Hitlers bereitwillig hingehaltenen Rücken kam Papen zur Macht!

Die Kommunisten aber haben, statt Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie für die Rechte des arbeitenden Volkes einzutreten, in zahllosen Parlamentsabstimmungen und beim Volksentscheid vom 9.August 1931 gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Kampf gegendie demokratische Republik geführt. Jetzt ernten sie, was sie gesät haben.

Wer die demokratische Republik, das gleiche Wahlrecht und das parlamen-

tarische System jahrelang mit Hohn und Hass bekämpft hat, der kann sie heute nicht gegen die Barone verteidigen.

Volksgenossinnen und Volksgenossen! Lasst Euch nicht verwirren, wenn Ihr Euch nicht knechten lassen wollt! Wollt Ihr Eure Rechte verteidigen, so kämpft mit uns!

Es geht um alles!

Nieder mit der Baronswirtschaft! Kampf der Reaktion und ihren Staatsstreichgelüsten!

Vorwärts am 6.November für Demokratie und Sozialismus mit der Eisernen Front unter den Fahnen der Sozialdemokratie!

F r e i h e i t !

Berlin, den 13.Oktober 1932.

Der Vorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

SPD. Ueber ein Telephongespräch, das der Parteivorsitzende Otto Wels unmittelbar nach der Rede des Reichskanzlers von Papen in München mit dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten Dr. Meissner führte, wird in bürgerlichen Blättern in irreführender Weise berichtet. Es ist Wels nicht eingefallen, den Reichspräsidenten durch Meissner bitten zu lassen, er möge auf den Reichskanzler Einfluss nehmen, damit er in Zukunft solche Schärfen wie in seiner Münchener Rede unterlasse. Wels hat auch nicht ausgeführt, dass die Haltung des Kanzlers die Stimmung innerhalb der Partei verschärfe. Vielmehr hat sich Wels dem Staatssekretär Meissner gegenüber in Ausdrücken der schärfsten Ablehnung über die Person des gegenwärtigen Reichskanzlers und die Art seines öffentlichen Auftretens ausgesprochen. Staatssekretär Meissner hat erklärt, dass er diesen Protest an den Reichspräsidenten weiterleiten werde. Im übrigen unterrichtet über die Stellung des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Rede des Reichskanzlers in München der an anderer Stelle veröffentlichte Aufruf.

SPD. Frankfurt/M., 12.Okt. (Eig.Drahtb)

Unter dem dringenden Verdacht eines scheusslichen Verbrechens ist hier ein SA-Mann verhaftet worden. Dem 29jährigen Heizer Hans Gansen wird vorgeworfen, dass er sein neugeborenes Kind ermordet habe. In der Nacht zum 3.Oktober gebar seine Frau ihr zweites Kind, das eine Weile gelebt und geschrien hat dann aber tot aufgefunden wurde. Der Vater des Säuglings wird beschuldigt, seinem Kinde zwei Finger in den Mund gesteckt und es auf diese Weise gewaltsam getötet zu haben. Die Obduktion der Leiche hat schwere Zerreissungen im Rachen ergeben, die den Tod des Kindes zur Folge hatten.

Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich naturgemäss auf die Eltern. Die Mutter liegt haftunfähig im Krankenhaus. Gansen bestreitet seine Schuld und behauptet, dass er garnicht gewusst habe, dass sich seine Frau in andern Umständen befand. Als er morgens aufstand, habe sich vor dem Bett seiner Frau eine grosse Blutlache befunden. Als er die Frau befragte, habe sie ihm geantwortet, dass sich bei ihr die üblichen Blutungen eingestellt hätten. Da sich nach dem Sektionsbefund ergeben hat, dass das Kind geschrien hat und da der Vater im seben Zimmer wie seine Frau schlief, so erschienen die Angaben des Vaters wenig glaubhaft.

Gansen, der als Heizer im Frankfurter Flughafen durch Leistung von 20 und mehr wöchentlichen Ueberstunden einen Wochenverdienst von 60 bis 70 Mark hatte ist der Nationalsozialistischen Partei nach ihrem Wahlerfolg im September 1930 beigetreten. Als SA-Mann trat er seit dem Frühjahr d.J. in Erscheinung.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Besitzerhaltung.

SPD. Besitzerhaltung ist das grosse Schlagwort aller Agrarier. Sie nehmen für sich in Anspruch, dass ihr Besitz eine geheiligte Sache sei, dass die Allgemeinheit Opfer bringen müsse, um ihnen ihr Besitztum zu gewährleisten, selbst wenn sie noch so leichtsinnig und verschwenderisch damit umgehen. Das Kabinett der Barone sieht diese Art der Besitzerhaltung als einen seiner wichtigsten Programmpunkte an.

Wie aber steht es mit dem kleinen und kleinsten Besitz? Es liegt uns der Fall einer Textilarbeiterfamilie in Westfalen vor. Der Mann war Elektriker in einem jetzt stillgelegten Textilbetrieb. Er verdiente 50 bis 60 Mark in der Woche. Die Familie hat gespart. Sie besitzt ein kleines Häuschen, auf das sie Zinsen und Amortisation zahlen musste. Jetzt ist der Mann arbeitslos. Zunächst bekam er 34 Mark Arbeitslosenunterstützung, damm 24 Mark in der Krise jetzt ist er abgebaut auf 21 Mark. Die Familie wendet alles auf, um das Geld für Zinsen und Hauskosten aufzubringen. Ihr oberster Gesichtspunkt ist: das Haus erhalten. Ihnen hilft keiner. Für sie gibt es keinen Grundsatz der Besitzerhaltung mit Staatshilfe. Wenn die Krisenunterstützung abgelaufen ist, wird das Haus der Wohlfahrt verpfändet werden. Und was dann?

Und doch liegt dieser Fall noch milde! Wie geht es erst denen, die nicht ein kleines Haus, sondern nur eine dürftige Wohnung haben, wenn sie nicht weiter zahlen können! Vor dem Sondergericht in Gleiwitz hat in diesen Tagen ein Prozess gegen mehrere Arbeiter und ihre Ehefrauen stattgefunden. Ein Arbeitsloser sollte aus seiner Wohnung exmittiert werden. Er setzte sich mit seinen Freunden zur Wehr mit dem Erfolg, dass alle vor das Sondergericht gebracht wurden. Infolge der schweren Strafandrohungen der Notverordnung über die Sondergerichte erhielten diese Arbeiter, die in ihrer Verzweiflung sich der Staatsgewalt widersetzt hatten, Zuchthausstrafen von über einem Jahr. Unter den Verurteilten befindet sich auch eine Frau. Ohne die Verordnung über die Sondergerichte wären die Unglücklichen, die schliesslich nur aus Verzweiflung ihr kümmerliches Obdach verteidigt haben, mit milden Strafen davongekommen. Der Staatsanwalt aber, einer jener Staatsanwälte des neuen Kurses, hatte gegen diese Unglücklichen für jeden Mann und für jede Frau, die am Widerstand gegen die Exmission beteiligt waren, je 10 Jahre Zuchthaus beantragt!

Zehn Jahre Zuchthaus - das ist fast schon ein Todesurteil. Und das, weil unglückliche Erwerbslose nicht obdachlos werden und sich nicht aus der Wohnung herauswerfen lassen wollten! Wären sie nicht erwerbslose Arbeiter, sondern wären sie Grossagrarier oder wären sie Bauern, etwa aus Schleswig-Holstein - die Staatsgewalt hätte ihnen nicht zehn Jahre Zuchthaus zugedacht, sondern man hätte von Besitzerhaltung und vom Recht des Notstandes gesprochen! Wo ist noch Gerechtigkeit?

Alles schon dagewesen.

Die nationalsozialistische Presse hatte aufgestochen, dass unter den neuernannten Beamten des Kabinetts der Barone in Preussen vier Korpsbrüder des Reichsinnenministers aus dem Korps Saxonia zu Göttingen waren. Der Reichskommissar in Preussen und die Reichsregierung haben ob dieser Enthüllung ausserordentlich nervös reagiert. Ein Dementi jagt das andere. Die Zugehörigkeit der genannten vier Beförderten zum Korps Saxonia lässt sich jedoch ebenso wenig bestreiten, wie die Zugehörigkeit des Reichsinnenministers zum selben Korps. Es wurde indessen dementiert: Der Reichsinnenminister habe ressort-

mässig mit den preussischen Beamtenernennungen nichts zu tun. Das stimmt, es schafft aber das sonderbare Zusammentreffen nicht aus der Welt. Es wird weiter amtlich festgestellt, dass die preussische Verwaltung die vier Herren als geeignet angesehen habe, ohne sich um ihre Korpszugehörigkeit zu kümmern.

Solche Feststellungen sind uns nicht neu. Schon im Jahre 1902 führte der königlich preussische Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein vor dem Landtage aus :

"Dadurch, dass die Herren Korpsstudenten sind, sind sie doch ganz gewiss nicht unwürdig, Regierungspräsidenten zu werden. Wenn Sie mir erst einmal nachweisen können, dass ich bei meinen Vorschlägen bei Seiner Majestät jemand deshalb zum Regierungspräsidenten empfehle, weil er Korpsstudent ist, dann will ich mein Haupt vor Ihnen beugen. Wenn ich ihn aber vorschlage, weil er tüchtig ist und daneben Korpsstudent ist, so ist das in meinen Augen ein persönlicher Vorzug, der aber dienstlich gar keine Bedeutung hat."

Vor dreissig Jahren wurde also ebenfalls schon dementiert. Es wurde genau so wie heute dementiert, und als das System der adligen und reaktionären Kliquen gebrochen war, als das Volk den Obrigkeitsstaat zum Teufel gejagt hatte, da wurde deutlich sichtbar, wie erlogen die Dementis von 1902 gewesen waren!

Ein Staatsanwalt des neuen Kurses.

Vor dem Schnellschöffengericht in Breslau wurde gegen mehrere Reichsbannerleute aus dem Dorfe Mellschwitz verhandelt. Eine Bande von Nationalsozialisten war in das Dorf eingezogen und über einige Reichsbannerleute hergefallen. Vor der Uebermacht, die auf sie einschlug, waren die Reichsbannerleute geflüchtet. Trotzdem wurden sechs von ihnen auf die Anklagebank gesetzt. Der Staatsanwalt beantragte, sie zu bestrafen. Er gab für die angebliche Schuld der Reichsbannerleute eine klassische Begründung: Sie seien geflüchtet, und wer flüchtet, der müsse schuldig sein!

Wir empfehlen diese Begründung allen Staatsanwälten des neuen Kurses. Ist sie doch von wahrhaft klassischer Einfachheit und überallanwendbar! Wer sich nicht mit gekreuzten Armen den Schlägen von Nationalsozialisten überliefert, wer nicht fein stillehält, wenn die aufbauwilligen Kräfte einschlagen, sondern davonläuft, - der ist schuldig und muss verurteilt werden. Ist ein einfacherer Beweis denkbar? Er hat noch den Vorzug, dass es auf keinen Fall einen Gegenbeweis gibt! Denn wagt es der Angeklagte zu bestreiten, dass er davongelaufen sei, so kann man ihn andererseits belangen, weil er an einem Raufhande vielleicht sogar an einem Landfriedensbruch teilgenommen habe - eben weil er sich nicht entfernt habe!

So oder so - der Republikaner muss schuldig sein!

Die Sieger.

An der Talferbrücke in Bozen steht ein sogenanntes Siegesdenkmal. Es ist Sport der Nationalsozialisten, die ihre faschistischen Freunde in Südtirol besuchen, sich darum zu drängen und sich mit grossen Hakenkreuzen in die Besucherliste einzutragen. Sie fühlen sich dabei ganz gewisslich als Sieger! Wie die Mitteilungen des Alpenvereins niedriger hängen, trug sich einer von ihnen ein: "Friedrich Heinicke, Capitano, Allemannia". Der faschistische Kitt scheint fester zu binden als das deutsche Nationalbewusstsein!

Auf aller Welt

Frankreich in Afrika.

Das verwandelte Marokko. - Schicksale im Heer der Heimatlosen.

SPD. Marakesch, Mitte Oktober (Eig.Ber.)

Das nordafrikanische Marokko war eines der letzten Gebiete des schwarzen Erdteiles, das dem europäischen Imperialismus zum Opfer fiel. Lange konnten sich die Grossmächte über seinen Besitz nicht einig werden, bis England und Frankreich die fetten Brocken einander aufteilten, während Deutschland trotz aller Paraden und Schaustellungen des letzten Kaisers leer ausging.

Seit 1912 ist das Scherifenreich ein französisches Protektorat geworden, dessen Gouverneur unter den Kanonen der schützenden Kriegsschiffe in der atlantischen Hafenstadt Rabat sitzt. Im Innern des Landes, in der alten Hauptstadt Fes wurde am 30.März 1912 der Vertrag mit dem Sultan unterzeichnet. Kurz darauf brachen Unruhen aus, die eingeborenen Soldaten meuterten und zahlreiche Europäer wurden ermordet. Die Berberstämme machten einen Versuch, sich der ganzen Stadt zu bemächtigen, wurden aber nach monatelangen Kämpfen besiegt. Hierauf begann unter Führung des berüchtigten Marschalls Lyautey die sogenannte "Pazifizierung" des Hinterlandes - mit Tanks und Flugzeugen. Während des Weltkrieges bildete Marokko ein wichtiges Menschen- und Lebensmittelreservoir für Frankreich.

Arbeiter und Grossverdiener.

Im letzten Jahrzehnt haben die Franzosen koloniale Aufbauarbeit in Marokko geleistet. Den Grundstock bildete der gross angelegte Eisenbahn- und Landstrassenbau: Heute durchzieht ein ausgedehntes Netz bester Teerstrassen Gebirge und Steppe vom Mittelmeer bis zum atlantischen Ozean. Auch die Eisenbahn mit internationaler Spurweite ist bis auf kurzes Stück zwischen Guercif und Fes fertiggestellt. Die Bahnhöfe sind sauber, gross und modern.

Eingeborene und Fremdenlegionäre mussten freilich für diese Aufbauarbeiten das Menschenmaterial stellen, während französische Firmen die Gewinne einsteckten. Mit dieser verkehrsmässigen Erschliessung des Landes kamen Spekulanten und abenteuerlustige Kaufleute herein mit dem Erfolg, dass bereits 1928 der Gesamthandel Marokkos das zweiundzwanzigfache vom Jahre 1912 betrug,

Aber die Krise ist auch schon da!

Dieses wahrhaft amerikanische Tempo findet auch im äusseren Bild seinen Niederschlag: alles ist neu, unfertig und für wachsende Verhältnisse eingerichtet. Besonders in den Hafenstädten ist die Entwicklung so übersteigert, dass man dort auch schon die Krise zu spüren bekommt. In Casablanca wurden Lagerhallen, Getreidesilos und Phosphatspeicher im neusten Stil gebaut. Während aber eine lange Reihe modernster, elektrischer Drehkrane still steht, keuchen Neger und Araber unter der Last, die sie verladen. Menschenkraft ist noch billiger als die Maschine... Geht man durch das Europäerviertel, das ausserhalb der alten Eingeborenenstadt aus dem Boden gestampft worden ist, so liest man an den neuen, zehnstöckigen Häusern breite Schilder: a louer, zu vermieten...

Marokko bietet an sich noch weite Entwicklungsmöglichkeiten. Reiche Mineralschätze warten auf ihre Ausbeutung; Land, das durch künstliche Bewässerung zu fruchtbaren Gärten gemacht werden könnte, ist noch genug vorhanden. Schon haben sich viele europäische Farmer niedergelassen, unter ihnen neben den Franzosen viele Spanier und ehemalige deutsche Legionäre.

Frankreich in Afrika.

Das verwandelte Marokko. - Schicksale im Heer der Heimatlosen.

SPD. Marakesch, Mitte Oktober (Eig.Ber.)

Das nordafrikanische Marokko war eines der letzten Gebiete des schwarzen Erdteiles, das dem europäischen Imperialismus zum Opfer fiel. Lange konnten sich die Grossmächte über seinen Besitz nicht einig werden, bis England und Frankreich die fetten Brocken einander aufteilten, während Deutschland trotz aller Paraden und Schaustellungen des letzten Kaisers leer ausging.

Seit 1912 ist das Scherifenreich ein französisches Protektorat geworden, dessen Gouverneur unter den Kanonen der schützenden Kriegsschiffe in der atlantischen Hafenstadt Rabat sitzt. Im Innern des Landes, in der alten Hauptstadt Fes wurde am 30.März 1912 der Vertrag mit dem Sultan unterzeichnet. Kurz darauf brachen Unruhen aus, die eingeborenen Soldaten meuterten und zahlreiche Europäer wurden ermordet. Die Berberstämme machten einen Versuch, sich der ganzen Stadt zu bemächtigen, wurden aber nach monatelangen Kämpfen besiegt. Hierauf begann unter Führung des berüchtigten Marschalls Lyautey die sogenannte "Pazifizierung" des Hinterlandes - mit Tanks und Flugzeugen. Während des Weltkrieges bildete Marokko ein wichtiges Menschen- und Lebensmittelreservoir für Frankreich.

Arbeiter und Grossverdiener.

Im letzten Jahrzehnt haben die Franzosen koloniale Aufbauarbeit in Marokko geleistet. Den Grundstock bildete der gross angelegte Eisenbahn- und Landstrassenbau: Heute durchzieht ein ausgedehntes Netz bester Teerstrassen Gebirge und Steppe vom Mittelmeer bis zum atlantischen Ozean. Auch die Eisenbahn mit internationaler Spurweite ist bis auf kurzes Stück zwischen Guercif und Fes fertiggestellt. Die Bahnhöfe sind sauber, gross und modern.

Eingeborene und Fremdenlegionäre mussten freilich für diese Aufbauarbeiten das Menschenmaterial stellen, während französische Firmen die Gewinne einsteckten. Mit dieser verkehrsmässigen Erschliessung des Landes kamen Spekulanten und abenteuerlustige Kaufleute herein mit dem Erfolg, dass bereits 1928 der Gesamthandel Marokkos das zweiundzwanzigfache vom Jahre 1912 betrug.

Aber die Krise ist auch schon da!

Dieses wahrhaft amerikanische Tempo findet auch im äusseren Bild seinen Niederschlag: alles ist neu, unfertig und für wachsende Verhältnisse eingerichtet. Besonders in den Hafenstädten ist die Entwicklung so übersteigert, dass man dort auch schon die Krise zu spüren bekommt. In Casablanca wurden Lagerhallen, Getreidesilos und Phosphatspeicher im neusten Stil gebaut. Während aber eine lange Reihe modernster, elektrischer Drehkrane still steht, keuchen Neger und Araber unter der Last, die sie verladen. Menschenkraft ist noch billiger als die Maschine... Geht man durch das Europäerviertel, das ausserhalb der alten Eingeborenenstadt aus dem Boden gestampft worden ist, so liest man an den neuen, zehnstöckigen Häusern breite Schilder: a louer, zu vermieten...

Marokko bietet an sich noch weite Entwicklungsmöglichkeiten. Reiche Mineralschätze warten auf ihre Ausbeutung; Land, das durch künstliche Bewässerung zu fruchtbaren Gärten gemacht werden könnte, ist noch genug vorhanden. Schon haben sich viele europäische Farmer niedergelassen, unter ihnen neben den Franzosen viele Spanier und ehemalige deutsche Legionäre.

mässig mit den preussischen Beamtenernennungen nichts zu tun. Das stimmt, es schafft aber das sonderbare Zusammentreffen nicht aus der Welt. Es wird weiter amtlich festgestellt, dass die preussische Verwaltung die vier Herren als geeignet angesehen habe, ohne sich um ihre Korpszugehörigkeit zu kümmern.

Solche Feststellungen sind uns nicht neu. Schon im Jahre 1902 führte der königlich preussische Minister des Innern, Freiherr von Hammerstein vor dem Landtage aus :

"Dadurch, dass die Herren Korpsstudenten sind, sind sie doch ganz gewiss nicht unwürdig, Regierungspräsidenten zu werden. Wenn Sie mir erst einmal nachweisen können, dass ich bei meinen Vorschlägen bei Seiner Majestät jemand deshalb zum Regierungspräsidenten empfehle, weil er Korpsstudent ist, dann will ich mein Haupt vor Ihnen beugen. Wenn ich ihn aber vorschlage, weil er tüchtig ist und daneben Korpsstudent ist, so ist das in meinen Augen ein persönlicher Vorzug, der aber dienstlich gar keine Bedeutung hat."

Vor dreissig Jahren wurde also ebenfalls schon dementiert. Es wurde genau so wie heute dementiert, und als das System der adligen und reaktionären Kliquen gebrochen war, als das Volk den Obrigkeitsstaat zum Teufel gejagt hatte, da wurde deutlich sichtbar, wie erlogen die Dementis von 1902 gewesen waren!

Ein Staatsanwalt des neuen Kurses.

Vor dem Schnellschöffengericht in Breslau wurde gegen mehrere Reichsbannerleute aus dem Dorfe Mellschwitz verhandelt. Eine Bande von Nationalsozialisten war in das Dorf eingezogen und über einige Reichsbannerleute hergefallen. Vor der Uebermacht, die auf sie einschlug, waren die Reichsbannerleute geflüchtet. Trotzdem wurden sechs von ihnen auf die Anklagebank gesetzt. Der Staatsanwalt beantragte, sie zu bestrafen. Er gab für die angebliche Schuld der Reichsbannerleute eine klassische Begründung: Sie seien geflüchtet, und wer flüchtet, der müsse schuldig sein!

Wir empfehlen diese Begründung allen Staatsanwälten des neuen Kurses. Ist sie doch von wahrhaft klassischer Einfachheit und überallanwendbar! Wer sich nicht mit gekreuzten Armen den Schlägen von Nationalsozialisten überliefert, wer nicht fein stillehält, wenn die aufbauwilligen Kräfte einschlagen, sondern davonläuft, - der ist schuldig und muss verurteilt werden. Ist ein einfacherer Beweis denkbar? Er hat noch den Vorzug, dass es auf keinen Fall einen Gegenbeweis gibt! Denn wagt es der Angeklagte zu bestreiten, dass er davongelaufen sei, so kann man ihn andererseits belangen, weil er an einem Raufhandel vielleicht sogar an einem Landfriedensbruch teilgenommen habe - eben weil er sich nicht entfernt habe!

So oder so - der Republikaner muss schuldig sein!

Die Sieger.

An der Talferbrücke in Bozen steht ein sogenanntes Siegesdenkmal. Es ist Sport der Nationalsozialisten, die ihre faschistischen Freunde in Südtirol besuchen, sich darum zu drängen und sich mit grossen Hakenkreuzen in die Besucherliste einzutragen. Sie fühlen sich dabei ganz gewisslich als Sieger! Wie die Mitteilungen des Alpenvereins niedriger hängen, trug sich einer von ihnen ein: "Friedrich Heinicke, Capitano, Allemannia". Der faschistische Kitt scheint fester zu binden als das deutsche Nationalbewusstsein!

Der letzte Weg.

Wie steht es überhaupt um die französische Fremdenlegion? Wie werden ihre Soldaten beschäftigt? Ist der Andrang gross?

Früher galt die französische Fremdenlegion als Zufluchtsstätte aller gestrandeten Existenzen. Beim Eintritt in die Legion wurde niemals viel über die Vergangenheit gefragt, und nur wenn die Polizeikommissare besonders gefährliche Schwerverbrecher fanden, wurde die Auslieferung vorgenommen. Daneben gab es gerade unter den Deutschen auch Viele, die in Nordafrika das Abenteuer und romantische Erlebnisse suchten. Landknechtsnaturen zogen den Krieg selbst unter den wahnsinnigsten Anstrengungen einem bürgerlichen Dasein vor. Aber unter allen, die so in die verabscheuteste Armee der Welt einzogen, gab es kaum einen, der nachher nicht schmählich enttäuscht worden wäre. Härtester Dienst, geringe Entlohnung und die gleiche Verachtung von Eingeborenen und Europäern liessen ihnen die Augen darüber aufgehen, was sie in Wirklichkeit waren: billigstes Kanonenfutter für einen Kolonialimperialismus, der seine eigene Bevölkerung vor diesem Martyrium bewahren wollte.

Söldner des Kolonialkrieges.

Als Frankreich im Jahre 1930 die Fremdenlegion gründete, standen erbitterte Kämpfe in Algier bevor. Aber auch bei der Niederwerfung der Eingeborenen in allen anderen Kolonien Frankreichs: in Syrien, in Hinterindien, ja sogar im Krimkrieg wurden die Legionäre eingesetzt. Heute stehen die Legionstruppen insbesondere in dem französischen Protektoratsgebiet Marokkos, wo noch immer gegen aufständische Gebirgsstämme gekämpft wird. Im Kampf werden jedoch vor den Legionären jeweils Partisauen eingesetzt: freiwillige, gegen Tageslöhnung angeheuerte Eingeborene.

Trotzdem die Legionsarmee heute für die Zwecke des Kolonialimperialismus genau so wichtig wie früher ist, scheint es zur Zeit fast unmöglich, sich anwerben zu lassen. Es melden sich Freiwillige im Ueberfluss. Die Wirtschaftskrise und die entsetzliche Not der Arbeitslosen in allen Ländern liess den Andrang so gross werden, dass die Kandidaten auf den Anwerbestellen schärfstens geprüft werden.

Freilich sollen sich die Verhältnisse bei der Legion gegen früher auch gebessert haben. Nach dem, was ich in ungestörten Unterredungen an Ort und Stelle von deutschen Legionären erfahren konnte, ist der Dienst auf den Regimentsstationen nicht allzu schwer. Die Verpflegung ist im allgemeinen gut, die Löhnung nach längerer Dienstzeit für bescheidene Ansprüche ausreichend. Am stärksten wirkt in diesen Zeiten der allgemeinen Unsicherheit der Anreiz der Pension oder einer Staatsstellung nach fünfzehn Jahren Dienstzeit.

10 000...

Beim Ausrücken in die Kampfzone bleiben oft die unmenschlichsten Strapazen zu überwinden, ein Menschenleben ist dann nicht mehr allzuviel wert. Und wenn auch nicht gerade regelrechter Krieg mit den Eingeborenen besteht, so sind doch nächtliche Ueberfälle, bei denen Mann gegen Mann auf Leben oder Tod kämpfen muss, häufig genug. Selbst beim Strassen- oder Eisenbahnbau besteht noch diese Gefahr. Gelten die Legionäre im Kriege als billiges Kanonenfutter, so stellen sie hierbei wohlfeile Arbeitskräfte dar. Um während dieser natürlich sehr verhassten Zwangsarbeit die Disziplin aufrecht zu erhalten, gibt es auch heute noch ein entsetzliches Strafsystem, dessen schlimmste Bestimmung die Verlängerung der Dienstzeit unter den alten Bedingungen ist. Desertation wird bei der vierten Wiederholung vom Kriegsgericht abgeurteilt.

Es ist gewiss ein schlimmes Zeichen der Zeit, wenn trotzdem die deutschen Legionäre, von denen es allein in Marokko etwa 10 000 gibt, im allgemeinen mit ihrem Los zufrieden sind. Immer wieder hört man von ihnen: "Unsere Brüder und Bekannten sind alle arbeitslos, da wollen wir lieber noch hierbleiben."

k.m.

\+ + +

Der Schneider von Endingen. Die Staatsanwaltschaft Freiburg hat nunmehr gegen den Schneider Karl Ignaz Hummel, der monatelang zur Verblüffung der Oeffentlichkeit den Endinger Heimkehrer Oskar Daubmann gespielt hat, Haftbefehl erlassen. Die Verhandlung gegen Hummel findet voraussichtlich vor der Freiburger Grossen Strafkammer statt. Die Eltern des echten im Weltkrieg gefallenen Daubmann haben auf Veranlassung des Bürgermeisters von Endingen die Sperrung von Hummels Bankkonto, das sich zurzeit seiner Festnahme noch auf 55 Mark belief, verfügt, zumal sie bisher noch keinerlei Gewinn durch die Heimkehr ihres "Sohnes" hatten: Hummel strich die Verdienste durch Zeitungsveröffentlichungen und Vorträge ein. Vater Daubmann aber erhielt die Rechnungen der Kaufleute, bei denen der "Sohn" sich hatte neu einkleiden lassen...

\+ + +

Gegen die Autofälscher! Die Berliner Kriminalpolizei hob eine neue Autofälscherwerkstatt - diesmal in Charlottenburg - aus. Ihre Leiter, ein Ingenieur Reif und ein Motorschlosser Nerlich, konnten festgenommen werden.

\+ +

Cecchini-Antrag. Im Locarnesischen Prozess gegen den Italiener Luigi Cecchini, der der Erschiessung seiner aus Berlin stammenden Ehefrau Eva geb. Koppel beschuldigt wird, beantragte der Staatsanwalt lebenslänglich Zuchthaus für den Fall, dass die Geschworenen die Frage auf vorsätzlichen Mord bejahen. Sollten die Geschworenen sich für Totschlag aussprechen, so soll Cecchini nach dem Antrag des Staatsanwalts zu 21 Jahren Zuchthaus verurteilt werden.

Ein Zeuge aus Deutschland, ein Ingenieur Betz, verlangte für sein Auftreten vor Gericht eine hohe Entschädigung "für entgangenen Verdienst", ausserdem beschimpfte er in einem Brief die Familie der Ermordeten. Das Gericht verzichtete auf den Zeugen.

\+ + +

Fünf Meeresopfer. Der deutsche Motorschoner "Kassel" ist im Finnischen Meerbusen im Sturm gekentert. Fünf Personen ertranken; der Kapitän und Schiffsjunge wurden gerettet.

\+ + +

Verbrannte Perlen. Vor der Handelskammer in Kobe wurden im Auftrag der japanischen Perlenzüchter 720 000 Personen verbrannt. Auf diese Weise will man den Perlenpreis "verbessern".

\+ + +

Schmugglerstatistik. Nach einer Statistik des Landesfinanzamtes Köln sind in seinem Bezirk vom 1. Juli bis zum 30. September 8 000 Schmuggler gefasst worden. In der gleichen Zeit wurden 10 000 Strafanzeigen erstattet.

\+ + +

Piccards Weltrekord. Piccards letzte Stratosphärenfahrt, die den Brüsseler Piloten und seinen Begleiter Cosyns in eine Höhe von 16 200 Metern führte, wurde von der "Internationalen aeronautischen Vereinigung" als Weltrekord und internationaler Rekord anerkannt.

\+ + +

Methode Nazi. Der Abteilungsführer der nationalsozialistischen Gemeindebeamten in Görlitz, Oberstaatssekretär Frömelt, hat mehrere tausend Mark Hospitalgelder unterschlagen. Alte Bürger der Stadt wollten sich für den Betrag ins Städtische Altersheim einkaufen.

\+ + +

Drama der Jugend. Im Berliner Grunewald hat sich eine 17jährige Schülerin erhängt. Der Grund ihres Freitods ist unbekannt.

Der letzte Weg.

Wie steht es überhaupt um die französische Fremdenlegion? Wie werden ihre Soldaten beschäftigt? Ist der Andrang gross?

Früher galt die französische Fremdenlegion als Zufluchtsstätte aller gestrandeten Existenzen. Beim Eintritt in die Legion wurde niemals viel über die Vergangenheit gefragt, und nur wenn die Polizeikommissare besonders gefährliche Schwerverbrecher fanden, wurde die Auslieferung vorgenommen. Daneben gab es gerade unter den Deutschen auch Viele, die in Nordafrika das Abenteuer und romantische Erlebnisse suchten. Landknechtsnaturen zogen den Krieg selbst unter den wahnsinnigsten Anstrengungen einem bürgerlichen Dasein vor. Aber unter allen, die so in die verabscheuteste Armee der Welt einzogen, gab es kaum einen, der nachher nicht schmählich enttäuscht worden wäre. Härtester Dienst, geringe Entlohnung und die gleiche Verachtung von Eingeborenen und Europäern liessen ihnen die Augen darüber aufgehen, was sie in Wirklichkeit waren: billigstes Kanonenfutter für einen Kolonialimperialismus, der seine eigene Bevölkerung vor diesem Martyrium bewahren wollte.

Söldner des Kolonialkrieges.

Als Frankreich im Jahre 1930 die Fremdenlegion gründete, standen erbitterte Kämpfe in Algier bevor. Aber auch bei der Niederwerfung der Eingeborenen in allen anderen Kolonien Frankreichs: in Syrien, in Hinterindien, ja sogar im Krimkrieg wurden die Legionäre eingesetzt. Heute stehen die Legionstruppen insbesondere in dem französischen Protektoratsgebiet Marokkos, wo noch immer gegen aufständische Gebirgsstämme gekämpft wird. Im Kampf werden jedoch vor den Legionären jeweils Partisauen eingesetzt: freiwillige, gegen Tageslöhnung angeheuerte Eingeborene.

Trotzdem die Legionsarmee heute für die Zwecke des Kolonialimperialismus genau so wichtig wie früher ist, scheint es zur Zeit fast unmöglich, sich anwerben zu lassen. Es melden sich Freiwillige im Ueberfluss. Die Wirtschaftskrise und die entsetzliche Not der Arbeitslosen in allen Ländern liess den Andrang so gross werden, dass die Kandidaten auf den Anwerbestellen schärfstens geprüft werden.

Freilich sollen sich die Verhältnisse bei der Legion gegen früher auch gebessert haben. Nach dem, was ich in ungestörten Unterredungen an Ort und Stelle von deutschen Legionären erfahren konnte, ist der Dienst auf den Regimentsstationen nicht allzu schwer. Die Verpflegung ist im allgemeinen gut, die Löhnung nach längerer Dienstzeit für bescheidene Ansprüche ausreichend. Am stärksten wirkt in diesen Zeiten der allgemeinen Unsicherheit der Anreiz der Pension oder einer Staatsstellung nach fünfzehn Jahren Dienstzeit.

10 000...

Beim Ausrücken in die Kampfzone bleiben oft die unmenschlichsten Strapazen zu überwinden, ein Menschenleben ist dann nicht mehr allzuviel wert. Und wenn auch nicht gerade regelrechter Krieg mit den Eingeborenen besteht, so sind doch nächtliche Ueberfälle, bei denen Mann gegen Mann auf Leben oder Tod kämpfen muss, häufig genug. Selbst beim Strassen- oder Eisenbahnbau besteht noch diese Gefahr. Gelten die Legionäre im Kriege als billiges Kanonenfutter, so stellen sie hierbei wohlfeile Arbeitskräfte dar. Um während dieser natürlich sehr verhassten Zwangsarbeit die Disziplin aufrecht zu erhalten, gibt es auch heute noch ein entsetzliches Strafsystem, dessen schlimmste Bestimmung die Verlängerung der Dienstzeit unter den alten Bedingungen ist. Desertation wird bei der vierten Wiederholung vom Kriegsgericht abgeurteilt.

Es ist gewiss ein schlimmes Zeichen der Zeit, wenn trotzdem die deutschen Legionäre, von denen es allein in Marokko etwa 10 000 gibt, im allgemeinen mit ihrem Los zufrieden sind. Immer wieder hört man von ihnen: "Unsere Brüder und Bekannten sind alle arbeitslos, da wollen wir lieber noch hierbleiben."

k.m.

\+ + +

Der Schneider von Endingen. Die Staatsanwaltschaft Freiburg hat nunmehr gegen den Schneider Karl Ignaz Hummel, der monatelang zur Verblüffung der Oeffentlichkeit den Endinger Heimkehrer Oskar Dauhmann gespielt hat, Haftbefehl erlassen. Die Verhandlung gegen Hummel findet voraussichtlich vor der Freiburger Grossen Strafkammer statt. Die Eltern des echten im Weltkrieg gefallenen Daubmann haben auf Veranlassung des Bürgermeisters von Endingen die Sperrung von Hummels Bankkonto, das sich zurzeit seiner Festnahme noch auf 55 Mark belief, verfügt, zumal sie bisher noch keinerlei Gewinn durch die Heimkehr ihres "Sohnes" hatten: Hummel strich die Verdienste durch Zeitungsveröffentlichungen und Vorträge ein. Vater Daubmann aber erhielt die Rechnungen der Kaufleute, bei denen der "Sohn" sich hatte neu einkleiden lassen...

\+ + +

Gegen die Autofälscher! Die Berliner Kriminalpolizei hob eine neue Autofälscherwerkstatt - diesmal in Charlottenburg - aus. Ihre Leiter, ein Ingenieur Reif und ein Motorschlosser Nerlich, konnten festgenommen werden.

\+ +

Cecchini-Antrag. Im Locarnesischen Prozess gegen den Italiener Luigi Cecchini, der der Erschiessung seiner aus Berlin stammenden Ehefrau Eva geb. Koppel beschuldigt wird, beantragte der Staatsanwalt lebenslänglich Zuchthaus für den Fall, dass die Geschworenen die Frage auf vorsätzlichen Mord bejahen. Sollten die Geschworenen sich für Totschlag aussprechen, so soll Cecchini nach dem Antrag des Staatsanwalts zu 21 Jahren Zuchthaus verurteilt werden.

Ein Zeuge aus Deutschland, ein Ingenieur Betz, verlangte für sein Auftreten vor Gericht eine hohe Entschädigung "für entgangenen Verdienst", ausserdem beschimpfte er in einem Brief die Familie der Ermordeten. Das Gericht verzichtete auf den Zeugen.

\+ + +

Fünf Meeresopfer. Der deutsche Motorschoner "Kassel" ist im Finnischen Meerbusen im Sturm gekentert. Fünf Personen ertranken; der Kapitän und Schiffsjunge wurden gerettet.

\+ + +

Verbrannte Perlen. Vor der Handelskammer in Kobe wurden im Auftrag der japanischen Perlenzüchter 720 000 Personen verbrannt. Auf diese Weise will man den Perlenpreis "verbessern".

\+ + +

Schmugglerstatistik. Nach einer Statistik des Landesfinanzamtes Köln sind in seinem Bezirk vom 1. Juli bis zum 30. September 8 000 Schmuggler gefasst worden. In der gleichen Zeit wurden 10 000 Strafanzeigen erstattet.

\+ + +

Piccards Weltrekord. Piccards letzte Stratosphärenfahrt, die den Brüsseler Piloten und seinen Begleiter Cosyns in eine Höhe von 16 200 Metern führte, wurde von der "Internationalen aeronautischen Vereinigung" als Weltrekord und internationaler Rekord anerkannt.

\+ + +

Methode Nazi. Der Abteilungsführer der nationalsozialistischen Gemeindebeamten in Görlitz, Oberstaatssekretär Frömelt, hat mehrere tausend Mark Hospitalgelder unterschlagen. Alte Bürger der Stadt wollten sich für den Betrag ins Städtische Altersheim einkaufen.

\+ + +

Drama der Jugend. Im Berliner Grunewald hat sich eine 17jährige Schülerin erhängt. Der Grund ihres Freitods ist unbekannt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Zurück zu den Grossvätern?

Reichskanzler und Reichsarbeitsministerium.

SPD. Ueber die Ermächtigungsverordnung der Reichsregierung, mit der angeblich die sozialen Einrichtungen leistungsfähig erhalten und in ihrer Verwaltung zum Nutzen der Versicherten vereinfacht werden sollen, glitt der Reichskanzler in seiner Münchener Rede mit einem einzigen Satz hinweg. Dieses Schweigen berührt etwas eigenartig. In den Pressekommentaren zu der Rede des Kanzlers wird aus diesem Schweigen geschlossen, dass die Reichsregierung zur Zeit eben noch nicht recht weiss, wie sie die sozialen Einrichtungen leistungsfähiger gestalten kann. Sozialreform, die nicht nur Leistungsabbau darstellen soll, ist anscheinend doch auch für eine Regierung der starken Männer eine etwas schwierige Sache.

Im Reichsarbeitsministerium, das die praktische Arbeit in der Durchführung der Ermächtigungsverordnung zu leisten hat, schrickt man vor manchem heissen Eisen zurück. So gibt es in der Unfallversicherung Widerstände der Unternehmer und in der Invalidenversicherung solche von Seiten der Länder und Provinzen, und gegen über solchen Widerständen muss natürlich die Reichsregierung mehr Rücksichten üben als gegenüber der Arbeiterschaft. Sicherlich liegt hier ein Grund, warum die Reformarbeit nicht vom Fleck kommt. Der Hauptgrund liegt jedoch tiefer. Der Reichskanzler hat in seiner Rede vor den bayerischen Industriellen von neuem Gedankengänge entwickelt, die nicht nur bei der Arbeiterschaft sondern auch im Reichsarbeitsministerium auf Widerspruch stossen müssen - auch in dem unter neuer Führung stehenden Reichsarbeitsministerium. Was der Reichskanzler in München deklamierte, war nichts anderes als die Aufforderung an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Herr v. Papen will zu den Grossvätern und Urgrossvätern zurück. Sein Ideal ist der patriarchalische Arbeitgeber, der Arbeitgeber, der seinen Arbeiter das ganze Leben lang betreut. Ein solcher Arbeitgeber und nicht irgend eine gar kollektivistisch eingestellte Sozialpolitik soll für den Schutz des Arbeiters sorgen. Diese Einstellung des Kanzlers passt durchaus in sein Bekenntnis zu einer "wahrhaft konservativen Staatsführung".

Der Blick des Herrn von Papen ist rückwärts gewandt. Gegenüber den Schäden des Kapitalismus entdeckt er am Feudalismus vergangener Zeiten von Tag zu Tag neue Vorzüge. Die grosse Krise in all ihren Erscheinungen musste bei einem Mann von der seelischen Grundstimmung des Herrn v. Papen naturgemäss das patriarchalische Zeitalter als neues Ideal erscheinen lassen. Er sieht, wie Tausende von Existenzen, die von der Krise zum Krüppel geschlagen wurden und in der Welt sich nicht mehr auskennen, den Glauben an die Möglichkeit des Sprunges der Menschheit aus dem Reich der Natur in das Reich der Freiheit verloren haben, wie Tausende die ganze Entwicklung des Maschinenzeitalters für einen Irrweg halten und von der Technik wissen wollen und nichts mehr von Maschinen, sondern die Zeiten der Grossväter rühmen und preisen. Er sieht, wie gerade in den der nationalsozialistischen Fahne folgenden Haufen solche Stimmungen an der Tagesordnung sind. Wer will sich da wundern, wenn ein Herr v. Papen sich erst recht von solchen Stimmungen tragen, jedenfalls sich sein sozialpolitisches Glaubensbekenntnis beeinflussen

lässt.

Aber eben deswegen eignet er sich am allerwenigsten zum Führer des deutschen Volkes. Führer sein kann nur, wer vorwärts zu blicken vermag, wer die Kraft in sich verspürt, das Volk durch eine Neuorganisierung der Wirtschaft besseren Zeiten entgegenzuführen- Wer mit den niedergebrochenen Seelen, die sich gestern noch an dem Können der modernen Technik berauschten und heute an den Auswirkungen der Rationalisierung verzweifeln, von einem Extrem ins andere fällt und nun plötzlich zu den Grossvätern zurückwill, kann keine fruchtbare Sozialpolitik machen. Was Herr v.Papen sozialpolitisch erstrebt, ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Bankrotterklärung der gesamten Arbeit, die das Reichsarbeitsministerium seit seiner Errichtung geleistet hat. Diese Arbeit ist gewiss noch weltenweit von dem entfernt, was die sozialistisch geführte Arbeiterschaft erstrebt. Aber immerhin sind doch Reichsarbeitsministerium und auch freiorganisierte Arbeiterschaft seit mehr als 10 Jahren ein gutes Stück Weg gemeinsam vorwärts marschiert. Das Gedankengut auch der sozialistischen Arbeiterschaft ist für die Arbeit des Reichsarbeitsministeriums furchtbringender Samen gewesen. Die sozialpolitischen Gedankengänge des Herrn v.Papen aber passen sehr schlecht zu sozialpolitischen Gedanken und Ideen, wie sie auch jetzt noch unter dem neuen Kurs im Reichsarbeitsministerium lebendig sind, lebendig sein müssen, wenn sich dieses Ministerium nicht selbst aufgeben will.

Der Reichsarbeitsminister hat ausdrücklich zugesagt, dass vor einer Entscheidung über die Sozialversicherungsreform die Gewerkschaften gehört werden. Wir sind auch davon überzeugt, dass man im Reichsarbeitsministerium nicht nur die Gewerkschaften hören, sondern auch auf die Gewerkschaften wenigstens etwas hören möchte. Aber im Hintergrunde des neuen Kurses gibt es Leute, die der ganzen Entwicklung der Gewerkschaften, dem ganzen Aufstieg des Arbeiters zu einem selbständigen und bestimmenden Faktor in Politik und Wirtschaft mit absoluter Verständnislosigkeit gegenüberstehen, weil sie nicht vorwärts zu blicken vermögen.

Dieser innere Widerspruch zwischen dem Wollen der massgebenden Elemente des neuen Kurses und der Macht der Tatsachen der Entwicklung, die vom Reichsarbeitsministerium, das ja an dieser Entwicklung sehr stark selbst beteiligt war, unmöglich ganz übersehen werden kann, steht jeder gesunden sozialpolitischen Reformarbeit im Wege. Und daher kann das Reichsarbeitsministerium nicht vom Fleck kommen. Seine Arbeit ist zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Sie bleibt Verlegenheitsarbeit und Stümperei, und ist daher ganz und gar keine Freude für das Ministerium, das sich für diese Stümperei hergeben muss. Und deshalb wollen wir der Regierung wahrhaftig nicht zureden, sich nunmehr mit der Durchführung ihrer Pläne zur Umgestaltung der Sozialversicherung zu beeilen. Ganz im Gegenteil; denn dass bei dieser Umgestaltung für die Arbeiterschaft etwas Gutes herauskommt, ist kaum zu erwarten.

SPD. Der Polizeipräsident von Berlin hat das Beamtenorgan des Gesamtverbandes "Die Gewerkschaft" bis zum 25.Oktober verboten. Das Verbot wird begründet mit Ausführungen, die sich gegen die Regierung Papen richten. Angezogen werden Schriftsätze, in denen der Regierung Papen-Schleicher-Gayl vorgeworfen wird, sie setze willkürlich Beamten ab und setze sich über Verfassung und Recht hinweg.=

Nach dem Verbot der Buchbinderzeitung ein Verbot der "Gewerkschaft". Nach 50 Jahren also wieder Verbote der Gewerkschaftspresse! Damals hatten diese Verbote noch einen Sinn. Die Gewerkschaften waren klein und steckten noch in den Anfängen. Damals bestand noch die Möglichkeit, die Saat der Gewerkschafts=

presse zu zertrampeln. Aber heute? Der Polizeipräsident von Berlin kann ebenso dem Winde verbieten, zu wehen. Der Wind wird doch wehen, stärker und stärker, bis eines Tages der Sturm die stärksten Leute wegfegen wird.

SPD. Am Sonnabend wird das Reichsarbeitsministerium die Pläne der Reichsregierung zur Milderung der durch die Notverordnung erfolgten Kürzungen in der Rentenversicherung wie in der Arbeitslosenunterstützung mit den Gewerkschaften und den Spitzenverbänden der sonst noch in Frage kommenden Organisationen besprechen. Das Reichsarbeitsministerium betont in der Einladung, dass die gespannte Lage der Sozialversicherungszweige nach wie vor berücksichtigt werden müsse. Man hoffe jedoch, eine Reihe von Erleichterungen so bald als möglich in Kraft treten zu lassen.

Dieser Hinweis sagt deutlich genug, dass man sich von dieser Milderung nicht allzu viel erwarten soll. Ueber ihren Umfang werden in der Presse bereits allerhand Mitteilungen gemacht. Wir halten es für zwecklos, darauf näher einzugehen, und warten ab, was die Regierung den verhungernden Arbeitslosen und Invaliden anbietet.

SPD. In der Glasindustrie hat die Arbeiterschaft in ihrer Abwehrbewegung gegen die Lohnabbauverordnung neue Erfolge erzielt. Die Glasarbeiter der Firma Hermes vom Glas- und Metallwerk in Regisbreitingen (zwischen Leipzig und Borna) erreichten in einem mehrtägigen Abwehrkampf dass die Geschäftsleitung von der Anwendung der Notverordnung wieder Abstand nahm. Die Firma wollte die Tariflöhne von der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde um 50% senken, weil sie 70 Neueinstellungen vorgenommen hatte. Für die Glasbläser kommen jetzt lediglich die für die Weiss-Hohlglasindustrie von den Tarifparteien kürzlich vereinbarten Lohnabschläge in Betracht. Der Arbeitsfriede ist wieder hergestellt.

Der Kommunistischen Parteivertretung in Borna war anscheinend die solidarische Haltung der Belegschaft in der Abwehr des Lohnabbaus zuwider. Sie unternahm den Versuch, den Streik für ihre Parteizwecke auszunutzen. Gelungen ist ihr das nicht; denn die Abwehrbewegung wurde vom Verband der Fabrikarbeiter geführt.

+

In Fürth (Bayern) wollten die Spiegelglasfabriken Pechmann u. Kupfer A.G. einen Lohnabbau um 12½% nach den Bestimmungen der Notverordnung durchführen. Die Arbeiter traten geschlossen in den Abwehrkampf. Sie erreichten in den Verhandlungen, die eine Woche dauerten, den Verzicht der Firma auf den Lohnabzug.

Für die organisierten Glasarbeiter in Fürth ist der Ausgang dieses Abwehrkampfes ein grosser gewerkschaftlicher Erfolg.

+

Auch in der Glasindustrie steht ein Teil der Unternehmer den Lohnminderungsbestimmungen der Notverordnung ablehnend gegenüber. So haben die Unternehmer der Glasschleifereibetriebe in Radeberg mit ihren Belegschaften die Notverordnung abgedungen. Die Inhaber der Betriebe mussten einsehen, dass infolge der geringen Verdienstmöglichkeiten die volle Anwendung der Notverordnung nicht möglich ist.

SPD. Im Reichsarbeitsministerium wird am Freitag mit den Reedern und den Gewerkschaften über die Anwendung der Notverordnung in der Seeschiffahrt verhandelt. Die Unternehmer wollen Sonderbestimmungen - auf deutsch: Sondervorteile.

Wirtschaft Technik Handel

Ein Prinz bummelt.

Wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands in den nordischen Ländern.

SPD.Hamburg,13.Oktober 1932.

Hamburg hat seine Sensation gehabt. Der Prinz von Wales besuchte in nächtlicher Stunde die Vergnügungsstätten in St.Pauli,das Chinesenrestaurant, den Kellerhypodrom mit seinen abgetriebenen Gäulen und schliesslich das Zillertal, wo hochbusige Kellnerinnen ihm den schäumenden Masskrug überreichten.Man könnte sagen,Prinzeneinfall,Prinzenlaune. Aber hinter dem Prinz von Wales steckt etwas mehr, das dem deutschen Volk zu denken geben müsste.

Dieser Prinz von Wales hat,ehe er seinen nächtlichen Bummel über die Reeperbahn unternahm, in den skandinavischen Ländern geweilt. Dieser Aufenthalt in Dänemark und Schweden war alles andere als eine Vergnügungsreise. Der Prinzenbesuch nach dem Norden ist der Ausdruck der handelspolitischen Offensive, die England gegen Deutschland eröffnet hat. Man veranstaltet in Kopenhagen und Stockholm Ausstellungen englischer Industriewaren. Eine reichlich informierte Presse hat den Skandinaviern vorgerechnet,dass es zweckmässig sei, den Warenbedarf in England und nicht in Deutschland zu decken. England seider beste Kunde der skandinavischen Länder, stehe aber als Lieferant hinter Deutschland zurück. England lege auch dem skandinavischen Handel keine Schwierigkeiten in den Weg, wie das Deutschland mit seiner Kontingentierungspolitik tue.

Die englischen Industriewochen in Kopenhagen und Stockholm sind wohl für den englischen Handel ein voller Erfolg gewesen.Wir berufen uns dabei auf Ausführungen des Berliner Grossindustriellen Siemens, der u.a. über die Wirkungen der englischen Handelsoffensive in den skandinavischen Ländern folgendes sagte:

> "In den letzten Tagen sind von unsern Büros in Schweden,Holland und Dänemark wieder Berichte eingelaufen,dass uns zugedachte Aufträge z.T. zu höheren Preisen an England gegeben wurden,mit dem ausdrücklichen Hinweis,dass dies die Folge der vorletzten deutschen handelspolitischen Massnahme sei."

Sicher, England hat es gegenwärtig leicht, der deutschen Konkurrenz das Wasser abzugraben. Es nutzt geschickt die Verstimmung gegen die deutsche Kontingentierungspolitik aus. Wenn nun die deutschen Zeitungen von dem nächtlichen Bummel des Prinzen von Wales in St.Pauli berichten und nicht von der Mission des Prinzen in Kopenhagen und Stockholm,dann erinnert uns das an jenen andern Prinzen von Wales, der, lange vor dem Weltkrieg, für die englische Herrenkleiderindustrie Propaganda lief und als König Eduard von England die politische Einkreisung Deutschlands vollzog. Die wilhelminische Diplomatie hat damals alles getan,um diese Einkreisung zu erleichtern. Die deutsche Handelspolitik tut gegenwärtig alles,um die wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands zu erleichtern.

Es ist saudumm,sich bei der Betrachtung dieser Entwicklung von "Gott strafe England"=Gefühlen leiten zu lassen. Wir sollen in Deutschland gefälligst daran denken,dass der englische Vorstoss gegen den deutschenWarenexport erst durch die Dummheiten der deutschen Kontingentierungspolitik möglich geworden ist. Bringen wir diese Dummheiten auf eine Formel: Wir besorgen

mit unserm Kontingentierungsrummel die Geschäfte Englands und der englischen Exporteure.

Was der Grossindustrielle Siemens über die Erfahrungen in seinen Büros gesagt hat, wird von andern Seiten bestätigt. In diesen Tagen hat das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat ein dringendes Telegramm an den Reichskanzler von Papen gerichtet. In diesem Telegramm wird darauf hingewiesen, dass die Schäden der Kontingentierungspolitik für den deutschen Kohlenexport unübersehbar seien. Wenn die Kohlenlieferungsverträge mit den europäischen Ländern, insbesondere die Lireverträge mit Italien, demnächst ablaufen, würde für den deutschen Kohlenexport eine Katastrophe eintreten. Der deutsche Kohlenexport stünde dann vor einem Trümmerhaufen.

Es ist die höchste Zeit, dass die Regierung ihren unglücklichen Kurs in der Handelspolitik aufgibt und nicht mehr wie bisher aus politischen Rücksichten wirtschaftliche Notwendigkeiten mit Füssen tritt.

Der Prinz von Wales sollte warnen!

SPD. Nach Angaben des Gesamtverbandes deutscher Baumwollwebereien haben Besserung und Aufwärtsbewegung im Monat September einen Rückschlag erfahren. Der Auftragseingang läge auch im Monat September immer noch wesentlich über dem Stand der Monate März bis Juli. Er habe aber eine weitere Steigerung der Beschäftigung nicht herbeiführen können.

Wesentlich ist die Mitteilung der Baumwollwebereien, dass die Aufträge vor allem vom Grosshandel und der Konfektion stammen, während der Einzelhandel "mit Rücksicht auf die immer noch geschwächte Kaufkraft weiter Bevölkerungsschichten sich in seinen Dispositionen zurückhielt."

Wenn der Gesamtverband der Baumwollwebereien logisch denken würde, müsste er die, gegen den Lohnabbau gerichteten Abwehrstreiks begrüssen. Er macht aber unsinnigerweise die Streiks für die weniger befriedigende Entwicklung im September mit verantwortlich, während die Ursachen ohne Zweifel bei der gedrosselten Kaufkraft liegen.

Im übrigen müssen wir dem Gesamtverband darin recht geben, dass die Kontingentierungspolitik der Reichsregierung "abdämpfend" wirkt.

SPD. Nach dem reichlich verzögerten Ausweis des Reichsfinanzministeriums für die Ein- und Ausgaben des Reiches während des Monats August 1932 ergibt sich im ordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 4,3 Millionen Mark und im ausserordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 2,1 Millionen Mark. Bis Ende August liegt für das laufende Jahr im ausserordentlichen Etat ein Defizit von 11,2 Millionen Mark vor, während der ordentliche Etat einen Ueberschuss von 78,9 Millionen Mark aufweist. Durch die in Höhe von 175 Millionen Mark vorgenommene Schuldentilgung und durch den Ueberschuss im laufenden Steuerjahr stellt sich das Gesamtdefizit bis Ende August auf 1 280 Millionen Mark.

SPD. Immer wieder tauchen an allen Ecken und Enden des Reichs, insbesondere in stark naziverseuchten Gegenden, Inflationspläne auf. Man will das, was bisher am entschlossenen Widerstand der Reichsbank und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gegen alle Inflationsexperimente gescheitert ist, im lokalen Rahmen ausprobieren; man will Geld "aus der Luft" machen, um so Arbeit zu beschaffen. Geld selbst im üblichen Sinne des Wortes zu drucken, ist freilich streng verboten. Man sich aber dieses Verbot zu umgehen. Man spricht

von bargeldlosem Zahlungsverkehr als Ersatz für das fehlende Geld. Aber da man auf diese Weise Arbeit beschaffen will und die Arbeiter mit bargeldlosen Ueberweisungen nichts anfangen können, muss man ihnen doch eine Art Bargeld als Lohn in die Hand geben, nur dass man dieses neuartige Geld als "Schecks" bezeichnet. Natürlich sind solche Schecks, die von Hand zu Hand gehen, in Wirklichkeit Geld und im Grunde genommen nichts anderes als das lokale Notgeld, das aus der Inflationszeit her nicht gerade in bester Erinnerung ist.

Vor mehr als einem Jahre schon wurde ein Experiment dieser Art in Rendsburg (Devise Rendsburg) gemacht. Damals wurde eigens eine Notverordnung erlassen, um diesem Unfug zu steuern, der nur harmlos ist, solange er sich auf einige Stellen beschränkt, aber gefährlich werden muss, wenn er sich weiter ausbreitet. Je verzweifelter aber inzwischen die Lage der Kommunen geworden ist und je höher die Arbeitslosenzahlen anschwellen, desto mehr wächst in vielen Kommunen, Kreisen und Ländern die Neigung, sich in die verzweifeltsten und phantastischsten Experimente zu stürzen, um Geld für die Arbeitsbeschaffung aufzutreiben. Besonders dort, wo die Nazis regieren, in Oldenburg, Mecklenburg, Thüringen, ist die Neigung zu solchen Experimenten am stärksten. Denn die Nazis bleiben ihrem Federgeld treu, ist es doch ihr einziger "positiver Gedanke" auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Sie haben jetzt eben erst durch die Ernennung Feders zum ersten Vorsitzenden ihres "Reichswirtschaftsrats" vor aller Welt bekundet, dass sie an ihrer famosen Idee, die Zinsknechtschaft durch Inflation zu brechen, festhalten wollen.

Von diesen lokalen Inflationsplänen ist in den letzten Monaten ein Experiment am weitesten gediehen, das in zwei oberschlesischen Landkreisen (Oppeln und Falkenberg) in Angriff genommen wurde. Dort wurde mit Unterstützung der Landkreise und einiger Landgemeinden die "Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien" ins Leben gerufen und durch den Beitritt dieser öffentlichen Körperschaften gestützt. Sie stellte eine Art Zahlungsgemeinschaft dar, deren Mitglieder teils durch bargeldlose Ueberweisungen, teils durch die oben erwähnten "Schecks" einander Zahlungen leisten und voneinander annehmen sollten. So glaubte man ohne eigentliches Kapital Geld machen und mit diesem Geld zinslose Kredite für Arbeitsbeschaffungszwecke vergeben zu können. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems war freilich, dass auch die Arbeiter, die auf diese Weise beschäftigt wurden, der Arbeitsgemeinschaft als "Mitglieder" beitreten, d.h. sich verpflichten mussten, sich ihren Lohn zu 80 % in solchen Schecks - "Schreiblinge", wie sie mit unfreiwilliger Selbstironie genannt wurden - ausbezahlen zu lassen. Natürlich konnten sie mit diesen schönen "Schreiblingen" nur dann etwas anfangen, wenn auch die Kaufleute, bei denen sie ihre Waren kauften, Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wurden, ebenso deren Lieferanten usw.

Hier aber erwies sich schon die innere Unmöglichkeit des ganzen Experiments. Die Kleinhändler, die die "Schreiblinge" wohl oder übel annehmen mussten, blieben zum grossen Teil darauf sitzen; denn die Grosshändler und Industriellen, deren Geschäfte natürlich über den lokalen Kreis hinausgehen, hatten gar kein Interesse daran, dieses zweifelhafte Geld anzunehmen. Jedenfalls gingen die Kleinhändler mit der Annahme dieses Geldes ein Risiko ein, das sie die Arbeiter spüren liessen, indem sie einen Preisaufschlag (Inflationsaufschlag) auf die Waren machten. Die ganzen Kosten dieses Experiments wurden also auf die Arbeiter abgeladen. Es wurden ihnen von der Arbeitsgemeinschaft von vornherein 2 % des Lohnes abgezogen, ausserdem hatten sie hohe Eintrittsgelder und laufende Beiträge für die Arbeitsgemeinschaft zu bezahlen und obendrein hatte ihr Lohn noch wesentlich geringere Kaufkraft, als wenn er ihnen in gutem Gelde ausbezahlt worden wäre. Die Kleinhändler, die das Geld annahmen, gerieten in Gefahr, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber ihren Lieferanten nicht mehr nachkommen zu können.

So häuften sich Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten, bis schliesslich die preussische Regierung eingreifen musste und dem faulen Zauber ein Ende machte. Durch Erlass der preussischen Regierung wurde den Kommunen und Kreisen verboten,

sich an solchen Experimenten weiter zu beteiligen. Damit ist die Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien erledigt, nachdem sie vorher schon durch ihre unlösbaren inneren Schwierigkeiten zum Scheitern verurteilt war. Hoffentlich verfehlt dieses warnende Beispiel seine Wirkung nicht. Es müssen ganz andere Wege als derartige unsinnige Geldexperimente beschritten werden, um der Krise der kapitalistischen Wirtschaft Herr zu werden.

SPD. Dass die Landwirtschaft stur an ihren alten Forderungen nach lückenlosem Zollschutz und nach Sperrung der Grenzen durch Kontingentierung der Einfuhr festhält, kam am Donnerstag auf der ausserordentlichen Tagung der Fachabteilung für Gartenbau der Deutschen Hauptlandwirtschaftskammer in Berlin so recht zum Ausdruck. Der Landbundpräsident Brandes forderte einen lückenlosen Schutz für alle Zweige der Landwirtschaft, da ein Teilschutz Ueberproduktion in den geschützten Zweigen hervorrufe. Die Kontingentierung müsse selbst dann, wenn die Verhandlungen mit dem Auslande scheiterten, durchgeführt (autonome Kontingente) werden.

Der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun erklärte, dass er an der Kontingentierung unbedingt festhalte und dass ja auch der Reichskanzler seine Politik in der Münchener Rede gebilligt habe.

Zwischen den Worten merkte man aber doch, dass der Reichsernährungsminister nur für seine Person, aber keineswegs für das Reichskabinett diese Erklärung abgeben konnte.

Dass die Kontingentierung unbedingt, auch gegen den Widerstand des Auslandes durchgeführt werden müsse, das wurde auch in dem Hauptreferat und in der Entschliessung betont. Abwehrmassnahmen des Auslandes wurden als "Machenschaften" abgetan. Eine Rücksicht auf die exportierenden Industrien scheint man weniger als je zu kennen.

In dem erwähnten Referat wurde ausgeführt, dass die deutsche Blumenzucht und erst recht das Baumschulengewerbe in der Lage seien, jeden Bedarf zu decken. Offen zugegeben wurde, dass das Gleiche für den Obstbau nicht gelte. Hier sei noch viel Arbeit zur Stabilisierung der Ernteausfälle, zur Hebung der Qualität usw. zu leisten. Deutlich wurde zu erkennen gegeben, dass eine "Hebung der Preise" in erster Linie zu erfolgen hätte, um den Obstbau rentabel zu gestalten. Von der Kaufkraft der breiten Massen, die teures Obst überhaupt nicht kaufen können, wurde nicht gesprochen! Wenn bei Sperrung der Grenzen in der Versorgung mit Frischgemüse Lücken einträten, so sollte die deutsche Bevölkerung Konserven kaufen.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,10 - 1,20 RM, Rote 1,25 - 1,35 RM, Odenwälder Blaue 1,15 - 1,25 RM, andere Gelbfleischige 1,30 - 1,50 RM. Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Rpf pro Stärkeprozent, im sonstigen Verkehr 7 - 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Erholt.

(Berliner Getreidebörse vom 13.Okt.)

SPD. Am Donnerstag machte sich an der Berliner Produktenbörse eine etwas lebhaftere Geschäftstätigkeit bemerkbar. Das Angebot in Brotgetreide beider Arten ist neuerdings wieder recht knapp geworden, besonders fehlte es an kahnverladenem Weizen und Roggen fast völlig. Gleichzeitig stellte sich einiges Deckungsbedürfnis beim Handel heraus. Da ferner eine stärkere Stützungstätigkeit erfolgte, konnte sich die Tendenz etwas befestigen. Die Preiserhöhungen hielten sich jedoch in engen Grenzen. Am Markte der Zeitgeschäfte betrugen sie etwa 1 Mark, während am Promptmarkt nur Weizen ½ Mark gewinnen konnte und Roggen unverändert blieb. Am Mehlmarkt hat sich diese gebesserte Stimmung noch nicht ausgewirkt. Es herrschte weiter nur geringfügiges Bedarfsgeschäft bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Auch Hafer hatte ziemlich stille Tendenz bei stetigen Preisen. Am Gerstenmarkt wurden weiter Ia Brauqualitäten gesucht, während Futtergerste und Industrieware laufendes Bedarfsgeschäft hatten.

	12.10. (ab märkische Station in Mark)	13.10. (ab märkische Station in Mark)
Weizen	199 - 201	199½ - 201½
Roggen	156 - 158	156 - 158
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter= und Industriegerste	167 - 174	167 - 174
Hafer	134 - 139	134 - 139
Weizenmehl	25,00 - 28,25	25,00 - 28,50
Roggenmehl	20,20 - 22,70	20,30 - 22,80
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 214 - 213 (Vortag 212), Dezember 213 (212½), März 216¾ - 216½ (216), Roggen Oktober 165½ - 165 (-), Dezember 165¾ (165), März 169½ (168½). Hafer Oktober - (143). März - bis 145⅛ (145).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 13.Okt.) A.Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestemptelte über 65 g 13, über 60 g 12, über 53 g 11,50, über 48 g 10,50, aussortierte kleine und Schmutzeier 7,50 - 8,50. B.Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 9,75, 17er 9,25, 15½-16er 8,75 - 9, Estländer 17er 9, 15½-16er 8,50 - 8,75, Rumänen 7,25 - 7,75, Ungarn und Jugoslawen 7,50 - 8, Russen normale 7 - 7,50, kleine, Mittel= und Schmutzeier 6,50. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön. Tendenz: fest. Deutsche: Warenmangel.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 13.Okt. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht u. Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 111, II. 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S.P.D

Nr.79 Berlin, den 13. Oktober 1932

Empfängnisfreie Tage.[x]

SPD. Seit längerer Zeit finden sich in den Spalten der Zeitungen immer wieder Mitteilungen darüber, dass es im monatlichen Leben der Frau Tage gebe, an denen eine Empfängnis nicht möglich sei. Mit andern Worten: Zur Schwangerschaftsverhütung brauche man garnicht die komplizierten Methoden anzuwenden; man brauche nur den Kalender anzuschauen, um zu wissen, ob zu diesem Termin eine Schwängerung möglich sei oder nicht. Ausgelöst worden sind alle diese Mitteilungen durch Versuche, die der Professor Hermann Knauss in Graz und der Chefarzt am Kateyama-Krankenhaus in Japan, Dr. K. Ogino, angestellt hatten. Diese Versuche sollen ergeben haben, dass eine Befruchtung nur zwischen dem 9. und 17. Tage nach Beginn der letzten Menstruation möglich und der Geschlechtsverkehr an allen andern Tagen vollkommen ungefährlich sei. Würde eine Frau also z.B. mit der Periode am 1. Januar beginnen und würde diese Periode 4 Tage dauern, so hätte sie die nächste Periode wieder am 28. Januar zu erwarten. Vom 1. bis zum 8. Januar und vom 18. bis zum 28. Januar wäre sie steril. Nur die Geschlechtsakte vom 9 bis zum 17. Januar könnten zu einer Kinderzeugung führen.

Diese Nachricht hat natürlich grosses Aufsehen erregt. Einmal, weil hier wirklich das Ei des Columbus in der Empfängnisverhütung, in der gewollten Kinderzeugung gefunden wäre, und andrerseits, weil die katholische Kirche ein Interesse daran hat, die Empfängnisregelung unabhängig von künstlichen Massnahmen zu gestalten.

Die biologischen Tatsachen der Arbeiten von Knauss und Ogino sind etwa folgende: Für das Entstehen einer Schwangerschaft ist das Zusammentreffen von männlichem Samentierchen und weiblichem Eichen notwendig. Das Eichen wird aber, immer nach den Ausführungen von Knauss und Ogino, am 14. Tage nach Beginn der letzten Menstruation vom Eierstock ausgestossen und soll nur 3 bis 4 Tage lebensfähig sein. Andrerseits kann zwar der Samen des Mannes jederzeit produziert werden, er soll sich aber in den weiblichen Geschlechtsorganen nur wenige Tage, höchstens 5 Tage, halten. Findet nun ein Koitus am 8. Tage nach Beginn der letzten Periode statt, so soll das Samentierchen am 13. Tage demnach bestimmt abgestorben sein, kann also das am 14. Tage ausgestossene Eichen nicht mehr befruchten. Findet ein Koitus am 18. Tage nach Beginn der letzten Periode statt, so findet das jetzt eingedrungene Samentierchen kein lebendes Eichen mehr vor. Also auch hier wäre eine Befruchtung nicht mehr möglich. Diese Ueberlegungen sind überaus bestechend; leider, leider aber entsprechen die Voraussetzungen nicht den Tatsachen. Erstens einmal ist es durchaus nicht bewiesen, dass die Eibildung am 14. Tage nach Beginn der letzten Periode stattfindet. Im Gegenteil: Eine ganze Reihe von Gelehrten behaupten, dass die Eibildung im Moment der höchsten Erregung beim Geschlechtsakte stattfinde; und zweitens wissen wir über die Lebensfähigkeit der Samentierchen, wenn sie erst einmal in die weiblichen Geschlechtsorgane eingedrungen sind, sehr wenig. Es ist durchaus möglich, dass die Samentierchen sich z.B. in der Gebärmutter oder in den Eileitern wochenlang halten. Denn es ist nicht angängig, Resultate, die man aus Tierversuchen gewonnen hat, ohne weiteres auf den Menschen zu übertragen. Bestätigt werden diese Bedenken dadurch, dass Statistiken existieren, die zu Kriegszeiten erhoben worden sind, als die Urlauber nur für kurze Zeit in der Heimat waren. In solchen

Fällen kam häufig nur ein bestimmter Tag der Befruchtungsmöglichkeit in Frage, und alle diese Statistiken haben einwandfrei ergeben, dass eine Befruchtung zu jeder Zeit möglich ist. Professor M. Bolaffio, der Direktor der Frauenklinik in Modena (Italien), hat sogar bewiesen, dass das Empfängnisoptimum in den ersten 8 Tagen nach der Periode liegt, dass also gerade die Tage, die nach Knauss und Ogino steril sein sollen, am fruchtbarsten sind.

Wenn also die einen Gelehrten sagen, die ersten 8 Tage nach der Periode seien für die Entstehung einer Schwangerschaft am gefährlichsten, und die andern behaupten, nur die nächsten 8 Tage rufen eine Schwangerschaft hervor, und wenn die Statistiken beweisen, dass zu jeder Zeit Kinder gezeugt werden können, dann fällt das Gebäude der "empfängnisfreien Tage" wohl völlig zusammen. Und es ist nur zu bedauern, dass wissenschaftliche Fragen vor ihrer völligen Klärung dem Laienpublikum vorgelegt werden. Denn ich kenne eine ganze Reihe von Schwangerschaften, die einzig und allein durch den Glauben an die "empfängnisfreien Tage" zustande gekommen sind. Hier nur ein sehr trauriges Beispiel: Ein Ehepaar mit 5 Kindern hatte sich stets durch chemische Mittel vor weiterem Kindersegen - der Mann war 1½ Jahre arbeitslos und bewohnte mit seiner Familie Küche und Kammer - geschützt. Verleitet durch die Mitteilung von den "empfängnisfreien Tagen" hatte er die Mittel beiseite gelassen, und der Erfolg trat prompt in Gestalt einer neuen Schwangerschaft ein. Die Frau ging zu einem Kurpfuscher und ist an den Folgen des Eingriffes gestorben.

Also: Dringendste Warnung, an das Märchen von den empfängnisfreien Tagen zu glauben! Es ist ein sehr schönes Märchen, aber leider - nur ein Märchen.

Dr. Ludwig Levy-Lenz.
Leitender Arzt am Institut für Sexualwissenschaft, Berlin.

Oktober.[x]

SPD. Der letzte Lichtschein eines trüben Oktobertages brach durch das kleine Fenster in die Stube, strich über die rohe Holzplatte des Tisches und streifte die Bank. Das Uebrige verschwamm schon im dämmrigen Halbdunkel, das die Aermlichkeit der Häuslerstube verbarg und verwischte.

Regungslos lag die Kranke auf der Bettstatt. Nur ihre magere Hand bewegte sich auf dem blaukarierten Bettlaken. Hätte das Licht heller geschienen, so wäre vielleicht ihr Gesicht noch zu erkennen gewesen. Das Gesicht einer alten Frau, die mit starren Augen vor sich hin blickte, als warte sie auf etwas, das kommen musste. Vielleicht schon zu diesem Abend; vielleicht auch erst am nächsten, oder an irgendeinem, der endlich einmal gross und deutlich da stehen musste.-

Nichts schritt, nichts bewegte sich in der Stube. Nur die alte Uhr an der Wand tickte hölzern und zerschlug die Zeit in viele kleine Stücke. Die Leute, die in diesem Hause lebten, arbeiteten noch draussen auf den Feldern.

Unruhig schlug ein leichter Regen an die Fenster. Rasselnd und schwer gingen die Atemzüge der Kranken, als hätten sie immer wieder von neuem einen schweren Druck hinwegzustossen. Es waren schon viele Tage vergangen, seitdem sie zum erstenmale Morgens bei der Arbeit auf dem Hofe gefehlt hatte. Der Vogt hatte an diesem Tage ein mürrisches Gesicht aufgesetzt und von den Leuten geredet, die krank würden, wenn es viel Arbeit gäbe. Damals hatten sie gerade das Korn auf den Feldern zu schneiden begonnen; nun begann der Herbstregen das Land zu überschwemmen, und die kleinen Trupps der Kartoffellesserinnen verloren sich auf den weiten Feldern des Grafen wie kleine schwarze Häufchen. Gegen Abend stiegen breite Nebel auf, und wenn die letzten Krähen-

schwärme in den nahen Kieferwipfeln der Heide entschwunden waren,kroch eine lähmende Stille über das Land und legte sich um die Hütten des Dorfes,die sich im grossen Bogen um das Viereck des Gutshofes zogen.-

Das Knattern eines Motors drang jetzt von den Feldern bis nach den Häusern des Dorfes hinüber. Die alte Frau richtete sich plötzlich im Bette auf und blickte nach dem Fenster hin. Sie horchte eine Weile,aber nur der Regen floss gleichmässig in den Hof, und die blanken Tropfen liefen an der schwarzen Holzwand des Schuppens herunter. Im Hintergrunde klebte grauer Dunst. Man konnte von den Feldern nicht viel sehen.

Die Alte fiel wieder in die Kissen zurück. "Aech - aach...", stöhnte sie leise vor sich hin. Immer mehr begann sich der Raum mit den Schatten der Dämmerung zu füllen.

Die Krankheit war schnell über die Frau gekommen,hatte sie direkt vom Felde geholt und ins Bett geworfen,von dem sie wohl nie wieder aufstehen würde, so sehr sie auch daran dachte. Aber während sich ihre Augen langsam schlossen, begannen die Gedanken den Weg ihres Lebens zurück zu laufen in eine vergangene Zeit. Da hatte schon dieses Haus hier gestanden,und auch an der Stube war nicht viel geändert worden. Auch das Schloss schimmerte hinter den Bäumen des Parkes, in dem die Herrenkinder spielten. Die Kinder des Dorfes blieben am Zaune stehen und quetschten sich die Nasen breit,um ein Märchen, ein zauberhaftes Märchen zu sehen. Aus Neugier waren einmal ein paar von ihnen hinübergeklettert und hatten sich vorsichtig von Baum zu Baum geschlichen.Trotzdem waren sie entdeckt und gleich wieder hinausgejagt worden. Sie standen dann noch lange am Zaune und sahen voller Verwunderung zu den spielenden Schlosskindern hinüber. Zu Hause stand immer derselbe nackte, glatte Tisch, um den sie alle sassen und aus der Schüssel schöpften, die Mittags die Mutter auf den Tisch stellte. Sechs Kinder hatten neben der Alten in der Stube gehockt. An den Nachmittagen mussten sie mit den Grossen aufs Feld gehen. Von Jahr zu Jahr wurden sie weniger in der Stube. Drei von den Kindern zogen in die Stadt und wurden Arbeiter. Der Älteste hatte ein Handwerk gelernt Er ging nach Hamburg. Einmal kam eine Karte von ihm aus Stockholm. Eine kolorierte Karte mit dem Bilde einer Kirche. Dann hörte man nie wieder etwas von ihm.

Die Alte legte im Halbschlaf die Hand auf die Augen und murmelte etwas vor sich hin. Ihr Arm streckte sich auf der Bettdecke aus. Sie spürte auf einmal den Geruch der Stube. Dieser Geruch war immer um sie gewesen, so lange sie sich erinnern konnte. Auch damals, als sie mit den andern Mägden und Knechten in der Gesindestube gesessen hatte. Dicht über ihrem Kopfte sah sie jetzt die Petroleumlampe hängen; so stark war die Kraft der Erinnerung an diese Zeit Sieben Jahre hatte sie beim Bauern gedient. Da waren auch wieder Hermanns Augen, die Augen ihres verstorbenen Mannes. Sie lag in seinen Armen; sie lehnte sich an seine Schulter und fasste mit beiden Händen sein breites, braunes Gesicht. In den ersten Jahren ihrer Ehe hatten sie manchmal Abends mit den andern Leuten vom Hofe zusammen vor dem Hause gesessen und nach dem Schlosse hin gehorcht, von dem eine festliche Musik kam. Sie hoben die Köpfe und sahen sich dabei ins Gesicht: "Für uns die Arbeit, für den Herrn der Tanz", sagte ein Alter, dem das Reissen die Knochen im Leibe krumm gezogen hatte.

Die Jahre darauf liefen wie unscharfe Bilder an den geschlossenen Augen der Frau vorbei. Sie konnte sie manchmal nicht voneinander trennen. Sie waren wie eine trübe Flut. Die Menschenstarben um sie weg. Hermanns Vater, dann Hermann selber, den das durchgehende Gespann die Dorfstrasse entlang zu Tode schleifte. Die beiden ältesten Söhne fielen in der Flandernschlacht. Viele, die mit ihr aufgewachsen waren, mit ihr zusammen auf den Bänken der Dorfschule gesessen hatten, waren vor ihr auf den kleinen Friedhof des Dorfes getragen worden. Nur sie hatte sich immer wieder weitergeschleppt, bis es nun auch mit ihr so weit war. Ihr Leben war zu Ende gelebt in der Arbeit

langer Jahre, die die wechselnden Gestalten der Sorge begleitet hatten bis auf den heutigen Tag. -

Der Nachmittag verschleierte sich immer mehr. Die weiten Flächen der Felder zogen sich zusammen. Um die Wipfel des Waldes flatterte ein Krähenschwarm mit hohlem Krächzen. Die beiden Traktoren, die mit ihren Pflügen das grosse Feld umwarfen, waren einander immer näher gerückt. Sie hielten beide fast gleichzeitig auf der Mitte des Feldes an. Auch auf dem Rübenfelde die Frauen hoben die Köpfe und richteten sich langsam hoch: auf der Landstrasse kam langsam Gesang heran. Zuerst schwach und undeutlich, dann immer stärker und kräftiger. Endlich sah man einen Trupp marschierender Arbeiter. Die Menschen auf den Feldern drehten sich wie auf Kommando um und richteten ihre Blicke auf die Strasse. Die beiden Pflüger standen beisammen: "Was wollen die nun wieder?" fragte der Grosse. "Das sind Arbeiter aus den Glashütten; in G. ist heute Abend Versammlung", antwortete der andere und sah auf die Strasse.-

Als der Trupp durchs Dorf kam, setzte der Gesang voll und kräftig ein. Die Alte in der Stube hörte ihn noch und richtete sichlangsam im Bette auf. Sie sah zum Fenster hin und lauschte,bis der Gesang schwächer wurde und dann in der Ferne zerging. Ihre Augen wurden gross, als sähe sie etwas kommen, etwas Grosses, Freudiges, das sie nun nicht mehr erleben konnte. Sie sah nicht mehr das Fenster und den Tisch; es verschwamm alles vor ihrem Gesichte, wurde grau und undeutlich. Sie sah nur etwas Helles vor ihren Augen, das aus dem Dunkel ihres Lebens vor ihr aufstieg, wie eine Hoffnung, die nur die Zukunft erfüllen konnte - während sie langsam in die Kissen zurücksank.....

Kaliban.

Der Haushalt als Heim.[x]

SPD. Was ist der Sinn und Zweck einer Hausfrauen-Ausstellung? Sie muss einen Ueberblick über alle Fragen des Haushaltes geben; sie muss anregen, belehren und gleichzeitig durch die ganze Art ihrer Schau das Problem des Haushaltes in die grösseren Fragen unsrer gesamten Volkswirtschaft einfügen. In einer Hausfrauen-Ausstellung muss die Frau das Gefühl haben, nicht allein zu stehen, sondern eingeordnet zu sein in ein grosses Ganzes, Seite an Seite mit Millionen von Volksgenossen zu stehen.

Unter dieser Voraussetzung kann man sich bei der kürzlich in Berlin eröffneten grossen Hausfrauen-Ausstellung nicht des Gefühls einer Enttäuschung erwehren. Gewiss - um mit dem Positiven und Anerkennenswerten zubeginnen - gibt es hier manches Interessante zu sehen, viel Lehrreiches, viel ästhetisch Schönes, viele praktische und neuzeitliche Haushaltsartikel. Da ist zunächst ein sehenswerter Rückblick in die Vergangenheit, der unter dem Titel "Hundert Jahre Berliner Haushalt" gezeigt wird. Das 18.Jahrhundert mit seinen verschiedenen Epochen wird lebendig, eine Küche mit einem hohen, offenen Kamin, mit altertümlichem Kaffeebrenner, einer Nachtwächter-Laterne und einer riesigen, selbstgebauten Mausefalle, kleine, blumengeschmückte Bürgerzimmer, in die das Dämchen im Reifrock, das eifrig über seiner Handarbeit sitzt, wundervoll anschaulich hineinpasst. Ein Rückblick in eine Zeit, in der noch nicht, wie heut die ungeheuren Probleme der Arbeitslosigkeit und der Weltwirtschaftskrise Tausende und Abertausende von Frauen aus dem Haushalt ins Erwerbsleben stiessen. Auch die Praxis des heutigen Lebens wird in der Ausstellung teilweise recht anschaulich berücksichtigt. Die Hausfrau wird mit den Gesetzen, die unsern Lebensmittelmarkt regeln, bekannt gemacht. Sie lernt das Lebensmittelgesetz vom Jahre 1927 und seine Ergänzungen, das Reichsmilchgesetz und die Sondergesetze, das Weingesetz, das Branntweinmonopolgesetz kennen. Eine grosse Anzahl von Räumen ist den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen gewidmet, die zwischen den einzelnen Teilen unsrer Wirtschaft bestehen. Der Volkswirtschaft-

liche Aufklärungsdienst hat reiches Material zur Verfügung gestellt, um einen möglichst vollständigen Ueberblick über die Entstehung und den Absatz aller Erzeugnisse zu geben, mit denen die Hausfrau als Käuferin täglich zu tun hat: Deutsche Fischerei und Fleischerei, Zuckerindustrie, Reichsmilchausschuss, ferner eine Reihe anderer Verbände, die über Erzeugnisse zur Wohnungseinrichtung und Bekleidung unterrichten, sind vertreten. Besondere Aufmerksamkeit ist der Landwirtschaft und ihren Erzeugnissen gewidmet. Eine grosse Anzahl von Sonderveranstaltungen behandeln Spezialfragen: Da werden Haushaltskniffe gezeigt, billige, praktische, wenn auch nicht immer neue Mittel zur Beseitigung von Klemmen bei Türen und Fenstern, die Reinigung des Gasbrenners, die Entfernung von Flecken usw. Eine Modenschau gibt einen Einblick in die Herbst- und Wintermode, und eine Anzahl praktischer Kochvorführungen zeigt die Zubereitung von - leider meist reichlich kostspieligen - Gerichten.

Ausserordentlich reichhaltig ist die neue Ausstellung also. Und doch ist die Basis, auf der sie aufgebaut wurde, so schmal wie die Plattform, auf der die Regierung der Freiherren heute regiert. Befremden muss schon das herausfordernde Motto der Ausstellung: "Zurück zum Haushalt!" Das "Geleit" zwar, das der Besucherin in die Hand gedrückt wird, versucht diesen Eindruck zu mildern, indem es betont, dass die Ausstellung nicht einer geistigen Enge das Wort reden wolle, vielmehr den Zweck verfolge, den Haushalt zum Heim zu machen. Wie soll das geschehen? Nun, zweifellos durch den Bau billiger, heller, sonniger Wohnungen, durch die Pflege von Millionen unterernährter Kinder, durch Mutterschutz und menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Löhne, durch den ernsthaften Versuch, der Arbeitslosigkeit, die das "Heim" nur zu oft zur Hölle macht, endlich zu steuern! Aber wo findet man in dieser grossen, auf eine Fülle riesiger Räumlichkeiten verteilten Ausstellung etwas davon? Wo ist auch nur ein Hinweis - ach, wir wollen ganz bescheiden sein! -, wo ist nur ein Hauch von Andeutung auf den Arbeitslosenhaushalt?! Wie ist es nur möglich, dass man heute Millionen von Haushalten, die unter diese Rubrik fallen, einfach übersieht?! Was nützt uns die Schau der "Beschäftigung am Familientisch", in der an sich teilweise recht hübsche Bilder von Kinderspielzeug, von interessanten Lese- und Musikabenden, von einem eleganten Kasperle-Theater und ähnlichem aufgebaut sind? Ach, liebe Ausstellerinnen, die weitaus überwiegende Mehrzahl unsrer Bevölkerung hat andre Sorgen! Und was nützen uns Eure fabelhaften Rezepte, wenn eine Anzahl dieser Speisen so teuer sind, dass die Familie eines Arbeitslosen tagelang mit dem dafür geforderten Gelde auskommen muss? Wenn Ihr wirklich die Haushaltsfragen einordnen wollt in den grossen Komplex der Volkswirtschaft - warum geht Ihr dann so scheu an der Not unsres Volkes vorbei, die zum Himmel schreit, ohne dass ein Laut davon zu Euren Ohren gedrungen zu sein scheint!

Das Motto "Zurück zum Haushalt!" soll keine Phrase sein, so wird betont, ebenso wenig, wie es rückschrittlich sein soll, sondern eine Art modernen Heimgedankens soll hier Ausdruck finden. Nun, wir habennichts dagegen, wenn der Arbeiter wirklich ein Heim bekommt, in dem er sich wohl fühlen kann! Aber den Weg zu dieser neuen Heimgestaltung verschweigt diese Ausstellung vollständig. Oder hat mansich wirklich eingebildet, dass eine riesige Materialanhäufung, eine an sichreichhaltige und teilweise interessante und lehrreiche Schau genüge, um an den Kern der ganzen Frage, um die es geht, heranzukommen? Man sollte diese Ausstellung umbauen! Die praktischen Winke, die Uebersicht der verschiedenen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, auch der kurze Rückblick - sehr schön! Aber das könnte man übersichtlich in wenigen Räumen anordnen. Die Hauptsache jedoch müsste etwas ganz andres sein, das man auf dieser Ausstellung vergeblich sucht. Die Basis dürfte nicht eine schmale Regierungsbasis, sondern müsste eine breite, bodenständige Grundlage sein, die den Durchschnittshaushalt von Millionenvon Angestellten und Arbeitern und nicht zuletzt der Arbeitslosen berücksichtigt. Der Titel dieser neuen Ausstellung aber müsste nicht heissen: "Zurück zum Haushalt!", sondern: "Vorwärts! Zu einem neuen Heimgedanken! Zu einem neuen, menschenwürdigen Haushalt!" Elke.

Krankheiten durch Aberglauben.[x]

SPD. Ueber die Gefahr, die der Aberglaube in der Heilkunde bedeutet, ist schon oft geschrieben und gesprochen worden. Glücklicherweise konnte der Unfug von Heilversuchen aufgrund abergläubischer Vorstellungen in vielen Kulturländern durch den Schulunterricht und durch entsprechende Aufklärungsarbeit schon wirksam bekämpft werden. Natürlich bleibt auch trotzdem noch viel zu tun übrig. Sehr traurig sieht es aber in dieser Beziehung noch heute bei den primitiveren Völkern aus. Das war erst kürzlich wieder aus einem Erlass des Generalgouverneurs von Indochina zu ersehen. In Annam, Tonkin und Cochinchina gehört zu den ziemlich häufig vorkommenden Krankheiten die merkwürdige Erscheinung, dass die Menschen Bandwürmer in den Augen haben. Diese Art Würmer tritt bei den Bewohnern jener Gegenden nur im Auge und in seiner Umgebung auf, während die Würmer bei den Tieren, wie z.B. Schweinen, Hunden, Ratten, Vögeln, Schlangen, Fischen usw., in allen Körperteilen vorkommen.

Man hat sich über diese seltsame Tatsache lange den Kopf zerbrochen, bis endlich vor kurzer Zeit die Lösung dieses Rätsels gelang. Es wurde nämlich die Beobachtung gemacht, dass Augenentzündungen, Bindehautkatarrhe usw, durch das Auflegen zerstückelter Frösche von den Eingeborenen "behandelt" werden. In den Eingeweiden der Frösche kommt aber das erste Finnenstadium des Wurmes vor, das das Gewebe der Bindehaut sehr leicht durchdringen kann. Man hält es sogar für möglich, dass auch noch das zweite Finnenstadium, das wie ein ungegliederter Bandwurm aussieht und ungefähr 1 Meter lang wird, durch die entzündete Schleimhaut oder die Tränenkanäle in die Augenumgebung einzudringen vermag. Die Folgen sind dann schwere Geschwülste, die die Augen weit hervorquellen lassen und zur Erblindung führen können, weil sich die Schmarotzer in den Augenlidern, hinter dem Augapfel usw. festsetzen und einnisten. Der Generalgouverneur von Indochina hat sich deshalb kürzlich mit einem entsprechenden Aufruf an die Bevölkerung gewandt, um diese die Gesundheit gefährdende Unsitte auszurotten.

SPD. Menschliche Ernährung vor 5000 Jahren.[x] Im Ries bei Nördlingen sind Topfscherben aus der ältesten Steinzeit gefunden worden, auf denen Professor Dr. J. Grüss, nach einer Mitteilung der Zeitschrift "Forschungen und Fortschritte", 5000 Jahre alte Speisereste nachweisen konnte. Durch moderne mikroskopische Verfahren und chemische Analysen wurden in diesen Resten Teile von der Spelzenhaut, der Samenschale und der Aleuronschicht des Emmerkorns, einer bestimmten Art des Weizens, deutlich erkannt. Damit ist zugleich die Feststellung gelungen, dass von den Menschen der ältesten Steinzeit das Emmerkorn feingeschrotet und als eine Art Brei zubereitet als wahrscheinlich sehr wichtige Speise geschätzt und genossen worden ist. Bis ins Mittelalter hinein war dieser Brauch der Getreideverwertung üblich und nahm erst mit dem Aufkommen verbesserter Backöfen ein Ende.

SPD. Löcher in den Wänden.[x] Das Einschlagen von Haken und Nägeln in Backsteinwände bringt oft viel Aerger mit sich. Immer und immer wieder will sich keine Mörtelfuge einstellen, und bald ist bei diesem Suchen die ganze Wand verschandelt. Verhindern kann man die Löcher nicht, aber fast unsichtbar machen kann man sie, wenn man zuerst mit einer Nadel oder einem dünnen Nagel Fugen festzustellen sucht. Beim Anbringen von Gegenständen, die zweier Haken bedürfen, stelle man zuerst auch einen geeigneten Platz für das zweite Loch fest um sich nachher unangenehme Ueberraschungen zu ersparen.